

nicht die Formen und Formeln, sondern die Tendenzen der kommenden Entwicklung. Nach Formen und Formeln kann nur fragen, wer noch an der alten Ansicht festhält, die Gesellschaft sei ein toter Mechanismus, der künstlich nach Belieben aufgebaut werde, nicht ein lebendiger Organismus, der sich nach eigenartigen Gesetzen entwickelt.

Wer unsere Ansichten über die Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise und die daraus entspringenden sozialistischen Gegenentendenzen kennen lernen will, der findet klare und deutliche Antworten gegen in unserer Literatur, vor allem im „kommunistischen Manifest“ und im „Kapital“. Welche Formen diese Tendenzen erzeugen werden, das können wir aber nicht einmal für die nächste Zukunft innerhalb der bestehenden Gesellschaft sagen. In dieser Beziehung bringt uns auch heute schon jeder Tag neue Überraschungen, namentlich durch die stetig fortschreitenden technischen Umwälzungen.

Was wir oben von den Methoden sagten, durch die das Proletariat die politische Macht erobern wird, dürfte in noch viel höherem Maße vom „Zukunftsstaate“ gelten; er wird ganz anders aussehen, als wir ihn uns vorstellen. Man kann sich nur vorstellen, was man kennt; die Phantasie kann nie weiter gehen, als die Elemente, die ihr die Erfahrung bietet, neu zu kombinieren. Der Zukunftsstaat, den man heute zeichnet, kann kaum etwas anderes sein als ein Bild davon, wie eine sozialistische Gesellschaft mit den heute gegebenen Produktivkräften und Produktionsformen aussehen würde. Wir wissen weder, welche Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft in ihren Anfängen zu Gebote stehen werden, noch auch welche Kräfte sie freisetzen und aus ihrem eigenen Schoße entwickeln wird. Es werden da unseres Erachtens unerhörte, riesenhafte Faktoren in Wirkung treten, die Unerhörtes, Riesenhaftes schaffen werden; die Wirklichkeit dürfte alles hinter sich lassen, was unsere Phantasie heute ersinnt.

Unsere Aufgabe ist es, die Bahn frei zu machen für diese großartige Entwicklung, nicht sie einzuschüttern in armselige juristische Formeln über die „Verteilung des Arbeitsertrags“ und dergleichen.

Wir hoffen, es ist uns gelungen, die für den vorliegenden Programm-entwurf wichtigsten Punkte zu charakterisieren, durch die sich der wissenschaftliche Sozialismus vom politischen wie unpolitischen Utopismus unterscheidet, diejenigen Punkte, in denen dieser Entwurf sich viel konsequenter und klarer erweist, als das Gauthier Programm, das allerdings auf demselben Standpunkt fußt, wie der neue Entwurf, sich aber von Rückfällen in die primitiven sozialistischen Denkformen nicht ganz frei zu halten wußte.

Wir brauchen nach dem Gesagten auf die prinzipielle Seite des Entwurfs kaum weiter einzugehen. Wir haben nur noch die Frage zu untersuchen, ob, seine Redaktion, seine Fassung auch immer die glücklichste ist.

III.

Der Entwurf zerfällt in zwei Teile: erstens die Erwägungen, durch die wir den Charakter unserer Partei und unsere Ziele begründen; zweitens die Forderungen, die wir, ausgehend von diesen Erwägungen, in der Gegenwart, für den praktischen Kampf stellen.

Wir halten diese Teilung für vollständig berechtigt. Man hat, so z. B. ein Mitarbeiter der Elberfelder „Freien Presse“ (25. August d. J.), vorgeschlagen, noch eine andere Art von Forderungen aufzustellen: diejenigen, welche, aussichtslos im heuligen Sta. zur Anbahnung der sozialistischen Gesellschaft notwendig sind. Für eine derartige Formulierung von Übergangsmäßigkeiten von der heutigen in die sozialistische Gesellschaft können wir uns nicht erwärmen. Die Gründe, die dagegen sprechen, haben wir bereits im vorigen Artikel kurz berührt.

Es gilt hier für den politischen Kampf dasselbe, was für den Kampf der Armeen gilt. Ein Feldherr kann den Aufmarsch seines Heeres vorher feststellen und regeln, nicht aber die weitere Entwicklung des Krieges. „Es ist überhaupt eine Täuschung“, schreibt Molke in seiner Geschichte des deutsch-französischen Kriegs, „wenn man glaubt, einen Feldzugsplan auf weit hinaus feststellen und bis zu Ende durchführen zu können. Der erste Zusammenstoß mit der feindlichen Heeresmacht schafft je nach seinem Ausfall eine neue Sachlage. Vieles wird unausführbar, was man beabsichtigt haben mochte, manches möglich, was vorher nicht zu erwarten stand. Die geänderten Verhältnisse richtig auffassen, daraufhin für eine absehbare Frist das Zweckmäßige anordnen und entschlossen durchführen, ist alles, was die Heeresleitung zu tun vermag.“

Sorgen wir für tüchtige Soldaten und Feldherrn, für eine genaue Kenntnis der beiderseitigen Machtmittel und des Terrains; verlieren wir aber nicht die Zeit damit, uns über die Haut, des Bären zu streiten, ehe er erlegt ist.

Betrachten wir zunächst den ersten Teil, die „Erwägungen“. Es war höchst erfreulich, zu sehen, wie eifrig dieselben diskutiert worden sind, wie groß das Interesse in unserer Partei nicht bloß für praktische, sondern auch für theoretische Fragen ist. Die Majorität hat sich dabei auf Seite des Entwurfs des Parteivorstandes gestellt; was von den Gegnern desselben vorgebracht wurde, war im allgemeinen nicht sehr bedeutend. Nur zwei Gegenentwürfe sind bisher unseres Wissens veröffentlicht worden; ein von dem * Mitarbeiter herrührender im „Hamburger Echo“ und ein anscheinend aus der Redaktion stammender in der Magdeburger „Volksstimme“. Wir haben es hier zunächst nur mit den Vorschlägen dieser Gegenentwürfe zu den „Erwägungen“ zu tun. So weit sich das Opus des * Mitarbeiters von dem Entwurf des Parteivorstandes unterscheidet, ist es gerade nicht sehr gelungen. Es entdeckt die große Wahrheit, daß „die Sozialdemokratie den demokratischen Sozialismus erstrebt“ und findet die Ursache der Ubel der Gegenwart „in der individualistischen Gesellschaftsordnung, d. h. darin, daß die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse sind“.

Kurz darauf aber spricht er von der „individualistischen, der zwerghaften Produktionsweise früherer Epochen entsprechenden Gesellschaftsordnung“. Wir erfahren also, daß die Monopolisierung der Arbeitsmittel durch die Kapitalistenklasse nicht bloß Individualismus, sondern auch der zwerghaften Produktionsweise früherer Epochen entspricht. Und so geht es fort; an Stelle klarer ökonomischer Begriffe ko ... gelehrt klingenden Worten gespickte Redensarten.

Eine ganz andere Bedeutung hat der Gegenentwurf der Magdeburger „Volksstimme“. Er ist in manchen Punkten dem Entwurf des Parteivorstandes überlegen.

Trotzdem können wir ihm die Palme nicht zuerkennen. Denn der Fehler, der uns als einer der Hauptfehler des Entwurfs des Vorstandes erscheint, ist dem Magdeburger Entwurf in noch höherem Maße eigen: seine über große Länge.

Mit Recht erklärte Liebknecht in einer Versammlung in Leipzig (11. August), daß es bei einem Programm „vor allen Dingen notwendig sei, so kurz und zugleich so deutlich als möglich zu sein“. An Kürze stehen die Erwägungen der in Rede stehenden Entwürfe weit hinter den Erwägungen des Gothaer Programms zurück. Haben sie an Allgemeinverständlichkeit gewonnen, was sie an Kürze verloren haben? Wir glauben nicht.

Die Länge der vorliegenden Programmentwürfe rührt unseres Erachtens daher, daß sie alle versuchen, das Programm so leichtverständlich zu machen, daß es jeder sofort begreift.

Das ist aber eine Aufgabe, die unmöglich zu lösen ist. Unsere Anschauungen sind so eigenartige, so von den herkömmlichen verschiedene, daß sie niemand ohne weiteres erfassen kann. Niemand kann ohne längere Gedankenarbeit, ohne öftere geistige Anregungen von außen, sozialistisch denken lernen. Niemand wird unser Programm verstehen können, der nicht in irgendeiner Weise, sei es durch Lektüre, sei es durch das Anhören von Versammlungsreden, sei es durch private Diskussionen mit unserem Gedankengang bis zu einem gewissen Grade vertraut worden ist. Wie man sich auch bemühen mag, das Programm wird nie ein Nürnberger Trichter werden, durch den man den Sozialismus ohne weiteres in die Köpfe hineingießen kann.

dadurch, daß man den Kommentar zum Programm ins Programm selbst hineinlegen will, erreicht man also nur eines: man macht es schwerfälliger, die einzelnen Sätze prägen sich weniger leicht den Köpfen ein, das Wesentliche tritt zu leicht in den Hintergrund hinter dem weniger Wichtigen — das Programm verliert also an Wirksamkeit gerade bei denjenigen, die noch nicht durchgebildete Sozialisten sind. Wie umfangreich man auch ein Programm mache, man wird nie erreichen, daß es eine populäre Propagandaschrift für Anfänger wird. Dazu müßte man mehr als ein Programm schreiben: eine Broschüre, ein Manifest.

Das Bedürfnis nach einem solchen ist unleugbar vorhanden, ihm verdankt wohl der Programmentwurf seine Länge: das Bedürfnis nach einer authentischen, im Namen der Partei, nicht eines einzelnen, erscheinenden Darlegung des Charakters unserer Bewegung und unserer Ziele. Ein derartiger Kommentar zu unserem Programm, eine weitere Ausführung, Begründung und Erläuterung der kurzen, nackten Sätze des Programms könnte propagandistisch von höchstem Nutzen sein. Wir glauben, der Erfurter Parteitag würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er die Abfassung eines solchen Manifestes beschlösse.

Freilich, wir haben das kommunistische Manifest. Aber dies ist ein Mittel des Studiums, nicht der elementaren Propaganda. Es behandelt Dinge und Verhältnisse, die heute längst nicht mehr allgemein bekannt sind; es weiß natürlich nichts von all den neuen Erscheinungen, die seitdem aufgetaucht sind, zu denen wir Stellung nehmen müssen, an denen wir unseren Standpunkt am populärsten illustrieren können. Es geht aber nicht an, das kommunistische Manifest umzuarbeiten, selbst wenn sich jemand zu dieser kühnen Arbeit bereit fände. Es ist ein geschichtliches Dokument, und ein solches kann man nicht den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend modernisieren.

Die neue historische Situation erfordert ein neues Manifest. Versuchen wir es, ein solches zu schaffen. Freilich ist das alte Manifest ein klassisches, unübertreffliches Meisterwerk. Aber das neue sollte ihm auch nicht „Konkurrenz machen“, sollte es nicht ersetzen, sondern einer ganz anderen Aufgabe dienen, als das alte heute dienen kann.

Ein solches Manifest würde das Programm erheblich entlasten und ermöglichen, es kürzer und eindringlicher zu gestalten.

Gehen wir nun auf die einzelnen Abschnitte der „Erwägungen“ ein. Die ersten vier bilden eine Charakteristik der modernen Produktionsweise, aus der dann unsere Tendenzen abgeleitet werden. Das entspricht vollkommen dem Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus.

Die ersten vier Absätze des Entwurfes des Parteivorstandes lauten:

„Die Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Übergang in den Alleinbesitz eines Teiles der Gesellschaftsglieder hat zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende, geführt.

„In den Händen ihrer Aneigner sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zur Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung der Arbeiter unter die Besitzer der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmern, der politischen Abhängigkeit.

„Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums in den Händen der Ausbeuter — der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Verteilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

„Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit erzeugt jene immer länger andauernden Krisen und Arbeitsstockungen, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirtschaftlichen und politischen Führung verloren hat.“

Der erste dieser Absätze erscheint uns in der jetzigen Fassung recht anfechtbar. Das, was er sagen will, ist unlegbar richtig, aber es ist nicht richtig ausgedrückt. Man kann den Absatz so auffassen — und das ist die nahegelegene Annahme — als wolle er sagen, daß es überhaupt nur zwei Klassen in der heutigen Gesellschaft gibt: eine arbeitende und eine besitzende. Aber im vierten Absatz spricht der Entwurf selbst von städtischen und ländlichen Mittelständen, Kleinbürgern und Kleinbauern. Diese Klassen gehören ebenso zu den besitzenden, wie zu den arbeitenden. Was der erste Absatz als vollendete Tatsache behauptet, das besteht nur in der Tendenz: die Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise geht dahin, die Mittelklassen zu expropriieren, und die Gesellschaft in zwei Klassen zu spalten, die Arbeiter, die nichts besitzen, und die Besitzenden, die nichts arbeiten. Aber so weit, daß es nur diese zwei Klassen gäbe, sind wir noch lange nicht; dahin werden wir vielleicht nie kommen, denn es ist zu erwarten, daß die kapitalistische Produktionsweise früher an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde geht, ehe sie ihre letzten Konsequenzen gezogen hat.

Noch einige kleinere Punkte wären bezüglich des ersten Absatzes zu erwähnen. Er spricht von Arbeitsmitteln. Das stimmt nicht mit der Terminologie, die Marx im „Kapital“ eingeführt hat, und die man der Einheitlichkeit wegen nicht ohne Not verlassen sollte. Marx unterscheidet zwischen Arbeitsmittel (Werkzeug usw.) und Arbeitsgegenstand (Rohstoff). Beide bilden zusammen die Produktionsmittel. Hält man es für notwendig, die Produktionsmittel näher zu definieren, dann wäre es angezeigt, zu den im Entwurf angegebenen noch die Rohstoffe hinzuzufügen. Auch diese werden von den Kapitalisten monopolisiert, und dieses Monopol ist z. B. eine der Hauptursachen der Abhängigkeit der Hausindustriellen von den Kapitalisten.

Man wird gegen das Wort Produktionsmittel einwenden, es sei ein Fremdwort. Auch wir sind dafür, daß man in Schriften, die für die große Masse berechnet sind, Fremdwörter möglichst vermeide, aber wir sind der Ansicht, der Begriff Fremdwort dürfe nicht in seiner etymologischen Bedeutung genommen werden. Es handelt sich darum, Worte zu vermeiden, die dem Volke fremd sind, nicht aber unter allen Umständen Worte auszumerzen, die aus fremden Sprachen stammen. Ein Fremdwort ist oft verständlicher als ein deutsches, neu erfundenes. Das Wort Redakteur ist populärer als das Wort Schriftleiter, das Wort Profit populärer als das Wort Mehrwert.

Wir glauben nicht, daß unser Programm weniger verständlich würde, wenn man an Stelle des Wortes „Arbeitsmittel“ „Produktionsmittel“ setzte. Auf jeden Fall käme es dadurch mehr in Übereinstimmung mit der Ausdrucksweise des grundlegenden Werkes des modernen Sozialismus.

Auch mit dem Wort „Alleinbesitz“ an Stelle des Wortes „Monopol“ können wir uns nicht befreunden. Wer in unserer Zeit der Tabaks-, Schnaps- und anderen Monopole nicht weiß, was ein Monopol ist, der weiß auch nicht, was ein Kapitalist oder ein Proletarier ist. Für solche politischen Kinder ist unser Programm auf jeden Fall zu „hoch“. Das Wort „Monopol“ bedeutet aber viel mehr als bloß den Alleinbesitz eines Gutes. Damit ist untrennbar verbunden der Begriff der Benutzung dieses Gutes zur Ausbeutung anderer. Das Wort „Monopol“ ist daher viel präziser zur Bezeichnung des kapitalistischen Privateigentums als das Wort „Alleinbesitz“, das schließlich auf jede Art von Eigentum paßt. Das Gothaer Programm sprach vom „Monopol der Arbeitsmittel“. Wir vermissen ungern das Wort in dem neuen Programm.

In den folgenden Absätzen haben wir eine unrichtige Behauptung oder eine falsche Bezeichnung nicht gefunden. Was wir vor allem an ihnen aussetzen haben, das ist der schon oben gerügte Fehler: ihre Länge. Diese Absätze sind nicht die Erwägungen eines Programms, sondern die besondern Ausführungen einer Anklageschrift. Eine Reihe ökonomischer Fragen wird da aufgerollt, die nur der begreifen kann, der unsere Gedankengänge bereits bis zu einem gewissen Grade kennt, deren Anführung also durchaus nicht dazu dient, die Erwägungen populärer und leichter verständlich zu machen. Stellen wie z. B. die über die Krisen haben wir in keinem anderen Programm gefunden. Daß deren Verständnis schon einige ökonomische Klarheit voraussetzt, beweisen unter anderem die Mißverständnisse in den Ausführungen, die Dr. Friedländer im „Vorwärts“ darüber veröffentlicht hat, in denen er den alten Irrtum wieder aufwärmt, daß die Krisen ein Produkt nicht der Planlosigkeit, sondern der Unterkonsumtion seien. Es ist hier nicht der Ort, auf eine nähere Besprechung dieser Frage einzugehen, die von Engels in seinem „Anti-Dühring“ und von Marx im zweiten Bande seines „Kapital“ genügend erörtert worden ist.¹ Auf der

¹ Eine treffliche Widerlegung des Friedländerschen Standpunktes fanden wir in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ vom 29. Juli.

anderen Seite hat die Berliner „Volkstribüne“ (15. August) darauf hingewiesen, daß die Ringe und Trusts anfangen, Planmäßigkeit in die bisherige Planlosigkeit der modernen Produktionsweise zu bringen. Es erscheint uns etwas vorschnell, wenn der Verfasser annimmt, die Krisen würden nun bald zu den „gewesenen Dingen“ gehören. So einfach liegt die Sache nicht. Wir kennen wohl die Tendenzen der Ringe und Kartelle, aber noch nicht die Gegen Tendenzen, welche diese zu erzeugen imstande sind und die vielleicht gerade die Kartelle zum Ausgangspunkte noch größerer Krisen machen werden, als die bisherigen waren. Aber auf jeden Fall scheint es auch uns, daß wir vor einer neuen Phase der kapitalistischen Produktionsweise stehen, in der die Krisen vielleicht eine von der bisherigen abweichende Gestalt bekommen werden. Wir halten es daher für geraten, über die Planlosigkeit usw. gar nichts zu sagen, um so mehr als der Hinweis auf diese Details das Programm nur überbürdet.

Enthalten die ersten vier Abschnitte unseres Erachtens nach der einen Richtung zu viel, so nach der anderen zu wenig. Sie sind, wie schon gesagt, vorwiegend eine Anklageakte. Sie legen die Momente ziemlich breit dar, die den Untergang der bestehenden Produktionsweise zu einem unermeldlichen, ihren Umsturz zu einem berechtigten machen, aber sprechen nicht von den Elementen der neuen Gesellschaft, die in ihr erwachsen. Wohl heißt es später, in Absatz 6, daß die kapitalistische Gesellschaft selbst die Vorbedingungen ihrer Umwandlung in eine sozialistische schafft; aber der Platz, wo das gesagt werden muß, ist nicht in Absatz 6, sondern innerhalb der ersten vier Absätze, die vom Charakter der modernen Produktionsweise handeln.

Auch müßte gesagt werden, welcher Art diese Vorbedingungen sind. Im Entwurf der Magdeburger „Volksstimme“ sind dieselben ausführlich dargelegt. Das geht zu weit. Eine solche Darlegung wäre Sache des Manifestes, nicht des Programms. Wohl aber könnte in einem bis zwei kurzen Sätzen das Nötigste gesagt werden. Dadurch würde auch erreicht, daß die kapitalistische Produktionsweise in ihren Besonderheiten besser charakterisiert würde, als es im vorliegenden Entwurf geschieht. Was derselbe ganz außer acht läßt, ist die technische Revolution, welche die materielle Vorbedingung der modernen kapitalistischen Großindustrie wie der sozialistischen Produktion bildet.

Der Untergang der Mittelstände, die Zunahme des Elends und der Ausbeutung auf der einen, des Reichtums auf der anderen Seite, das sind Erscheinungen, die der modernen Gesellschaft nicht allein eigentümlich sind. Wir finden sie auch in der römischen Gesellschaft seit dem zweiten Jahrhundert vor Beginn unserer Zeitrechnung, immer mehr hervortretend. Was verhindert, daß aus der römischen Gesellschaft der Kaiserzeit sich eine sozialistische herausbildete, das war vor allem der Mangel der nötigen technischen und ökonomischen Vorbedingungen. Daß „die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums in den Händen der Ausbeuter zunimmt“ ist nicht eine Besonderheit der heutigen Gesellschaft; eine Besonderheit derselben ist es, daß dieser Reichtum zu Kapital wird. Nicht

Akkumulation von Reichtum, sondern Akkumulation von Kapital ist die Parole der Kapitalisten, Reichtum und Kapital ist zweierlei. Jedes Kapital ist Reichtum, nicht jeder Reichtum ist Kapital. Ehedem diente der sich aufhäufende Reichtum überwiegend zum Genuß — nur ein relativ unbedeutender Teil wurde als Wucher- und Handelskapital verwendet. Erst das Aufkommen des industriellen Kapitals schafft den Drang und die Möglichkeit, den neu erlangten Reichtum immer und immer wieder zu neuer Ausbeutung zu verwenden. Dadurch erst wird die Anhäufung des Reichtums ein revolutionärer Faktor; die stetig fortschreitende Akkumulation des Kapitals ist eine der mächtigsten Ursachen der stetigen Revolutionierung der modernen Produktionsweise; und sie erst schafft Beschäftigung wenigstens für einen Teil der freigesetzten Proletariermassen, wodurch sie verhindert, daß dieselben insgesamt Lumpenproletarier werden müssen, wie sie es im alten Rom oder im England des 15. und 16. Jahrhunderts wurden; sie macht die Expropriation zu der ökonomischen Grundlage der Gesellschaft und verleiht ihnen damit jene Macht und jene moralischen und intellektuellen Kräfte, die sie in den Stand setzen werden, das Gemeinwesen zu erobern.

Das ist der Unterschied zwischen der bloßen Anhäufung von Reichtum und der Anhäufung von Kapital. Diese Besonderheiten der modernen Produktionsweise verdienen wohl erwähnt zu werden.

Es erscheint uns unmöglich, die Änderungen, die wir für notwendig halten, im Rahmen des vorliegenden Entwurfs anzubringen. Es hieße das, dessen Gedankengang vollständig zerstören und an Stelle eines einheitlichen Gebildes ein Flickwerk zu setzen.

Sollten unsere Ausführungen begründet genug erscheinen, um Beachtung zu heischen, dann müßte an Stelle der vorliegenden vier Absätze etwas ganz Neues gesetzt werden. Wir beantragen an deren Stelle folgendes:

„Die industrielle Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von den Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes diese das Monopol einer kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

„Hand in Hand damit geht die Zusammenfassung der zersplitterten Kleinbetriebe in Riesenbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum des Ertrags der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelstände bedeutet sie Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

„Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist ehedem das Mittel gewesen, dem freien Arbeiter den Besitz seines Produkts zu sichern. Heute ist dieses selbe Eigentumsrecht zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter in den Besitz des Pro-

dukts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Erniedrigung zu einer Quelle der Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde."

Wir hoffen, im Vorliegenden nicht nur alle Momente zur Geltung gebracht zu haben, deren Berücksichtigung wir oben für wünschenswert erklärt, sondern auch eine Form gefunden zu haben, in der wir, ohne unseren Prinzipien etwas zu vergeben und kleinbürgerliche Utopien zu stützen, uns auch an Kleinbürger und Bauern wenden, die der Entwurf des Parteivorstandes kaum erwähnt. Wir hoffen, den Punkt hervorgehoben zu haben, in dem die Interessen des Proletariats mit denen der versinkenden Mittelstände sich vereinigen. Das erscheint uns gerade jetzt nicht unwichtig zu sein, wo wir beinennen, die Agitation aufs flache Land und in die Kleinstädte zu tragen.

Die Schlußsätze unseres Entwurfs führen uns zu den nächsten Absätzen des vom Parteivorstande vorgelegten Entwurfs. Was in diesem das Hauptthema des sechsten Absatzes bildet, haben wir in der zweiten Hälfte unseres dritten Absatzes erledigt.

Die Absätze 5, 6, 7 und 8 des, wenn man so sagen darf, offiziellen Entwurfs lauten:

„Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, durch Befreiung seiner Ursachen ein Ende zu machen und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der Sozialdemokratie.

„Die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß die Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigentum der Gesellschaft, und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion, eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat und weiter schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.

„Die sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden

des Kapitalismus stehen und trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben."

Der Gedankengang ist hier ein anderer als in unserem Entwurf. In diesem wird der Kommunismus direkt als eine aus der geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise resultierende Notwendigkeit abgeleitet; der offizielle Entwurf leitet ihn ab, nicht aus dem Charakter der heutigen Produktion, sondern aus dem Charakter unserer Partei.

Die Gedankenfolge im Entwurf des Parteivorstandes ist folgende: Die heutige Produktionsweise schafft unerträgliche Verhältnisse, darum müssen wir sie beseitigen; deswegen streben wir den Kommunismus an, dessen Realisierung nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann. Daß die kapitalistische Gesellschaft selbst die Bedingungen des Kommunismus schafft, wird nur nebenbei erwähnt.

Unseres Erachtens ist die richtige Gedankenfolge diese: Die heutige Produktionsweise schafft unerträgliche Verhältnisse, sie schafft aber auch die Möglichkeit und Notwendigkeit des Kommunismus. Notabene, diese Möglichkeit und Notwendigkeit besteht in allen Ländern kapitalistischer Produktionsweise, ohne Rücksicht darauf, ob eine sozialistische Bewegung in ihnen herrscht, die das erkennt; oder nicht.

Nachdem wir so das eine Element des Kommunismus gekennzeichnet, ist sein zweites Element, die Triebkraft seiner Durchführung, das Proletariat in seinem Klassenkampf zu kennzeichnen. Ist das geschehen, dann erst ist von der Sozialdemokratie zu sprechen, deren Aufgaben und Ziele sich dann von selbst mit Notwendigkeit ergeben.

Dadurch, daß die ökonomischen Ziele unserer Partei nicht direkt aus den Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise abgeleitet, und daß die Aufgaben und Ziele der Sozialdemokratie früher konstatiert werden, ehe noch von der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse die Rede ist, erhält das ganze den Anschein, als schiele es noch etwas nach dem Utopismus. Nun ist das keineswegs beabsichtigt und man könnte unsere Ausführungen vielleicht für übertriebene Haarspaltereien erklären. Aber aus der Anordnung der Gedanken im offiziellen Entwurf folgt mit Notwendigkeit eine stiefmütterliche Behandlung des Klassenkampfes. Das ist ganz natürlich. Wenn man die Sozialdemokratie als das Primäre betrachtet oder wenigstens behandelt und die Bewegung der Arbeiterklasse als das Sekundäre, dann muß diese zu kurz kommen. Es wäre in der Tat schwer, in der Disposition des offiziellen Entwurfs dem Klassenkampf des Proletariats den ihm gebührenden Platz anzuweisen. Die Kennzeichnung der historischen Rolle desselben und seines naturnotwendigen Ziel — die Eroberung der politischen Macht im Staat durch die Arbeiterklasse — ist aber unbedingt notwendig zur Kennzeichnung unserer Bewegung. Dies war der Hauptgrund, warum wir die Disposition des offiziellen Entwurfs verlassen haben.

Ehe wir zu den betreffenden Absätzen unseres Gegenentwurfs übergehen, müssen wir noch auf einen Passus im Schluß unseres dritten Absatzes hinweisen. Der offizielle Entwurf erklärt für notwendig die Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gemeineigentum und „die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion.“ Dieser Gegensatz scheint uns nicht ganz richtig. Den Gegensatz zur sozialistischen Produktion bildet nicht die kapitalistische Produktion allein, sondern die gesamte Warenproduktion. Es gibt noch andere Methoden, Waren, d. h. Gebrauchswerte, die zum Verkauf resp. Austausch bestimmt sind, zu produzieren, als die kapitalistische. Wir erinnern z. B. an die handwerksmäßige Warenproduktion. Die Produktivgenossenschaften Lassalles hätten auch, trotzdem sie nicht kapitalistisch produzieren sollten, Waren produziert; ebenso soll auch im Zukunftsstaat des Herrn Dr. Hertzka trotz des Gemeineigentums an Produktionsmitteln die Warenproduktion fortgehen. Die kommunistische Produktion, wie wir sie für notwendig halten, beruht nicht bloß auf der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, sondern auch auf der Aufhebung der Warenproduktion.

Es wird innerhalb der Gesellschaft und durch die Gesellschaft nur zum Selbstgebrauch der Gesellschaft produziert werden, nicht zum Verkauf an die einzelnen Gesellschaftsglieder. Wie viel und welche von ihren Produkten die Gesellschaft für die Fortführung der Produktion, zur Deckung allgemeiner Bedürfnisse usw. verwendet, wie viel und welche von ihren Produkten sie den einzelnen Mitgliedern zukommen läßt, und nach welchen Grundsätzen sie dabei verfährt, das ist ihre Sache; wie sich das gestalten wird, darüber vermag man heute gar nichts zu sagen. Aber heute schon kann man sehen, daß die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln nur die eine der notwendigen Konsequenzen der jetzigen ökonomischen Entwicklung ist, die andere die Überwindung der Warenproduktion. Wir halten es für notwendig, daß dies auch im Programm gesagt werde, damit jede Unklarheit darüber verschwinde. Allerdings ist das Wort Warenproduktion kein sehr geläufiges, kein populäres. Wir haben vergebens nach einem anderen gesucht, das leichter verständlich, aber ebenso präzise wäre. Der Gegensatz: Naturwirtschaft und Geldwirtschaft ist populärer, aber auch ungenauer als der von Produktion von Gebrauchswerten und Warenproduktion. Wir trösten uns damit, daß das Wort „Warenproduktion“ in keinem höheren Grade eines Kommentars bedarf, als die Worte „kapitalistische Produktion“ und „sozialistische Produktion“, die der Entwurf des Parteivorstandes ohne Bedenken braucht.

Wenden wir uns nun zu den folgenden Sätzen unseres Gegenentwurfs, die wir an Stelle der Absätze 5, 6, 7 und 8 des offiziellen Entwurfs empfehlen. Sie lauten:

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Menschheit, die unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Alle anderen Klassen stehen auf dem Boden des Privateigentums an Produktions-

mitteln. Das Proletariat ist die einzige Klasse, deren Interesse immer entschiedener auf dessen Aufhebung drängt.

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Sie kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

„Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.“

Die Gründe für diese Fassung haben wir oben schon dargelegt, es verbleiben uns nur noch einige kleine Bemerkungen. Viele haben schmerzlich den Satz vermißt, daß alle anderen Klassen und Parteien uns gegenüber eine reaktionäre Masse sind; unseres Erachtens sagt schon der Satz des offiziellen Entwurfs zu viel, daß sie alle auf dem Boden des Kapitalismus stehen. Das ist streng genommen nicht richtig. Die Zünftler z. B. stehen entschieden nicht auf dem Boden des Kapitalismus, ebensowenig die Bauern, die nach dem Höferecht und ähnlichen schönen Sachen schreien. Das Kapital und die kapitalistische Produktionsweise wird nicht von der Sozialdemokratie allein bekämpft, sie ist bloß die einzige Partei, die es erfolgreich bekämpfen kann. Denn die anderen Parteien, und diejenigen, die sich am kapitalfeindlichsten gebärden, stehen, wenn auch nicht blos auf dem Boden des Kapitalismus, so doch alle auf demselben Boden mit dem Kapitalismus, nämlich auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln. Dies ist es, was alle anderen Parteien von uns trennt und was es jeder anderen Partei unmöglich macht, mit der kapitalistischen Ausbeutung fertig zu werden. Denn auf dem Boden der Warenproduktion und des Privateigentums an Produktionsmitteln ist bei dem heutigen Stande der Technik eine andere Produktionsweise als die kapitalistische unmöglich. Indirekt stützen also allerdings alle diejenigen den Kapitalismus, die das Privateigentum an Produktionsmitteln stützen; aber direkt tun sie es nicht. Viele tun es wider ihren Willen und ohne es zu wissen. Es scheint uns daher genauer, wenn wir denjenigen gemeinsamen Boden bezeichnen, auf dem alle unsere Gegner bewußt stehen. Der Satz verliert dadurch nichts an Schärfe und man spart sich einen Kommentar.

Den Absatz, der von Staatssozialismus handelt, beantragen wir zu streichen. Wir vermissen ihn nur ungern, denn er ist einer der klarsten und präzisesten Absätze im Entwurf, und wenn man ihn für notwendig hält, tut man am besten, ihn unverändert anzunehmen. Eine bessere Fassung für ihn dürfte man kaum finden. Aber wir halten ihn nicht für unbedingt notwendig und alles nicht unbedingt Notwendige ist in einem Programm Ballast, der dessen Gesamtwirkung abschwächt. Vor zehn Jahren wäre eine ähnliche Erklärung vielleicht notwendig gewesen, damals als die offizielle Sozialreform und die Monopolideen auftauchten und die Reste des Staatskultus in

unseren Reihen noch stark genug waren, manchen von uns mehr dahinter vermuten zu lassen, als dahinter steckte. Heute, wo unsere Stellung gegenüber dem Staatssozialismus für jedermann genügend klar geworden ist und der Staatssozialismus selbst nur noch eine Ruine bildet, scheint uns eine besondere Erklärung darüber im Programm nicht notwendig. Wir geben ja zu, daß immer noch mißverständliche Auffassungen in uns ferner stehenden Kreisen bezüglich unserer Stellung zum Staatssozialismus bestehen können, aber über welchen Punkt unserer Bestrebungen und unseres Wirkens bestehen keine mißverständliche Auffassungen? Unser Programm würde sehr unförmlich, wenn man allen derartigen Auffassungen entgegenzutreten wollte. Ein Manifest könnte das eher tun.

Wenn man es notwendig hält, zu erklären, daß wir mit dem Staatssozialismus nichts gemein haben, warum nicht eine ähnliche Erklärung gegen den Anarchismus oder den Antisemitismus erlassen? Wir halten eine solche Erklärung für ebenso überflüssig in dem einen Fall wie in dem andern.

Wenden wir uns zum vorletzten Absatz:

„Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.“

Der Inhalt dieses Absatzes ist unseres Erachtens ebenso unanfechtbar, wie der des eben behandelten über den Staatssozialismus. Aber die bloße Erklärung, sich der internationalen Solidarität bewußt zu sein, ist doch etwas dürftig. Sie bedarf der Ergänzung durch die Erklärung, daß unsere Partei auch jederzeit diesem Bewußtsein entsprechend handelt.

Entschließt man sich zu einer Änderung des Absatzes, dann könnte man ihn vielleicht auch ein wenig durch Weglassung der einleitenden Zeilen kürzen — wir sind dafür, daß man kürze, wo man kann — und ihnen folgende Gestalt geben:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats wohl bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen.“
Glücklich wären wir nun beim letzten Absatz angelangt:

„Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Be-

freiungskampf vertritt die Sozialdemokratie, als die Vertreterin nicht bloß der Lohnarbeiter, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesamt, alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen, welche die Lage des Volkes im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen zu verbessern geeignet sind.“

Im zweiten Satz dieses Passus erinnert sich der offizielle Entwurf, was er bisher ignoriert, daß es noch andere ausgebeutete Klassen gebe, als die Proletarier. Aber er ist nicht konsequent. Einmal läßt er unsere Partei die Interessen „der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesamt“, gleich darauf die Interessen „des Volkes im allgemeinen“ vertreten. Letzteres erscheint uns ein kleiner Rückfall — der einzige in den Erwägungen — in den Gedankengang der alten sozialistischen Demokratie. Aber seit dem Sturz des Absolutismus, seitdem nicht mehr auf der einen Seite im Staat bloß Hof und Regierung, auf der anderen Seite die ganze übrige Bevölkerung steht, hat der Begriff „Volk“ jede wirkliche Bedeutung in der inneren Politik verloren. Er spielt nur noch eine Rolle im Verhältnis der Staaten zueinander — in diesem Sinne führt das Volk gewöhnlich den Namen Nation. In der inneren Politik ist das „Volk“ eine mythische Gottheit geworden, der jeder Politiker opfert, die jeder für sich in Anspruch nimmt, wie in den Reformationskämpfen jeder den wahren Herrgott für sich besonders in Anspruch nahm, und von der doch keiner recht sagen kann, wo sie zu finden ist. Emanzipieren wir uns von diesem Mythos. Dem „Volk im allgemeinen“ kann niemand helfen, weil es aus den verschiedensten Klassen, mit den gegensätzlichsten Interessen besteht; ich kann nicht eine Klasse heben, ohne eine andere zu schädigen.

Wenn in unseren Kreisen von „Volk“ gesprochen wird, so versteht man darunter nicht die ganze Bevölkerung, sondern nur die niederen Schichten derselben, die Ausgebeuteten und Unterdrückten. Aber nicht in allen Kreisen wird der Begriff des Volkes so aufgefaßt. Auch Bismarck rühmet sich bekanntlich zum Volk. Wir werden also gut daran tun, genau zu sein, und ausdrücklich nur von Ausgebeuteten und Unterdrückten zu reden, und vom „Volk im allgemeinen“ abzusehen.

Indes auch dann noch hat der Passus seinen Haken. Wir verpflichten uns zu mehr als wir leisten können, wenn wir es auf uns nehmen, „alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen“ zu verfechten, „welche die Lage der unterdrückten und ausgebeuteten Volksschichten im allgemeinen ... zu verbessern geeignet sind“. Wir müssen uns doch das Recht vorbehalten, nur solche Forderungen usw. zu verfechten, die für die ökonomische und politische Entwicklung kein Hemmnis bilden. Wir dürfen nicht die Illusion erwecken, als hielten wir es für möglich, die Klassenlage von Kleinbauern, Handwerkern und Kleinhändlern in der heutigen Gesellschaft zu verbessern, oder als beabsichtigten wir, dem Siegeszug des Großbetriebs ein Hemmnis in den Weg zu legen. Man hat vorgeschlagen, zu dem in Rede stehenden Satz einen Zusatz zu machen, der jede Mißdeutung ausschliesse. Aber dadurch wird der ganze Passus sehr schwerfällig. Am einfachsten erscheint es uns; wenn man gar nichts Näheres sagt darüber, welche Forderungen usw.

wir verfechten, sondern bloß erklärt, daß die Sozialdemokratie nicht bloß die Ausbeutung der Lohnarbeiter, sondern jegliche Ausbeutung bekämpft. Damit ist schon implizite gesagt, daß wir auch die Ausbeutung der Bauern und Kleinbürger durch die Kapitalistenklasse bekämpfen, ohne daß wir uns engagieren, für alle ihre Forderungen zur Hebung ihrer Lage einzutreten: bekanntlich sind die Bauern und Kleinbürger auch Ausbeuter und ziehen es vor, ihre Lage durch vermehrte Ausbeutung ihrer Ausbeutungsobjekte — oft die eigenen Familienglieder — als durch politischen und ökonomischen Kampf gegen ihre Ausbeuter zu heben. Für die erstere Methode, ihre Lage zu verbessern, sind wir natürlich nicht zu haben.

Wem der gekürzte Passus nicht deutlich genug ist, dem sagen unsere „Forderungen“ das Nähere.

In seiner gekürzten Form ist aber der Passus nicht nur unseres Erachtens genauer, sondern auch umfassender. Wenn wir unsere Verpflichtungen den Kleinbauern und Kleinbürgern gegenüber damit einschränken, so erweitern wir sie über den Kreis unseres „Volkes“ hinaus. Das ist nicht ohne praktische Bedeutung: Wir bekämpfen die Unterdrückung und Ausbeutung auch in den Kolonien.

Wir beantragen daher, dem Passus folgende Form zu geben:

„Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Auch in der heutigen Gesellschaft bekämpft sie nicht, bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung.“

Wir sind mit unserer Kritik der „Erwägungen“ zu Ende. Sie hat uns zur Aufstellung eines besonderen Gegenentwurfs geführt: aber so sehr er von dem offiziellen Entwurf abweicht, es besteht keine prinzipielle Differenz zwischen den beiden. Der Hauptunterschied besteht darin, daß uns manche Momente der Hervorhebung wert erschienen, die der offizielle Entwurf ignoriert, manche Momente für mehr nebensächlich, welche dieser stark hervorhebt. Wir haben aber keine einzige Wendung im offiziellen Entwurf gefunden, die uns zu einem prinzipiellen Widerspruch veranlaßt hätte.

Und was von uns, gilt auch von allen anderen Kritikern des Entwurfs, die auf dem Boden unserer Partei stehen: Änderungen anderer Art, als redaktionelle, hat keiner von ihnen zu beantragen Gelegenheit gefunden. Das ist wohl die bemerkenswerteste Erscheinung, die bei der Kritik der Erwägungen zutage getreten. Man schwätzt so viel von Spaltung und Uneinigkeit in unseren Reihen. Differenzen hat es bei uns, wie bei jeder Partei, stets gegeben und wird es stets geben. Aber noch nie bisher ist unsere Partei so frei von prinzipiellen Gegensätzen, so einheitlich in ihrem Denken gewesen wie jetzt.

IV.

Wir kommen nunmehr zu demjenigen Teil des Programms, den man als das sozialdemokratische Aktionsprogramm im engeren Sinne bezeichnen kann. Es lautet nach dem Entwurf des Parteivorstandes:

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb gegenwärtig für folgende Forderungen ein:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportionalwahlsystems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2. Direkte Anteilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes. Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volks. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken und unterdrücken.
5. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten.
6. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.
10. Stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftsteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit unterordnen.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags;

- b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren;
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen;
 - d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
 - e) Verbot des Truksystems.
2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern.
 3. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beteiligung der Gesindeordnungen.
 4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
 5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Das Aktionsprogramm wird also eingeleitet mit den Worten: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb gegenwärtig für folgende Forderungen ein.“ Die Beschränkung, die in dem Wort „gegenwärtig“ liegt, prägt den nun folgenden Forderungen einen ganz bestimmten Charakter auf. Es handelt sich nicht um abstrakte Folgerungen aus den politischen und sozialen Grundsätzen der Sozialdemokratie, um die Formulierung irgendwelcher allgemeiner Gerechtigkeits- oder Gleichheitsideen, sondern es sind aus den gegenwärtigen Verhältnissen abgeleitete, den gegenwärtigen Bedürfnissen der Arbeiterklasse entsprechende Forderungen. Es ist nicht das Zukunftsideal der Sozialdemokratie, das in ihnen greifbare Fassung erhielt, noch sollen sie die Übergangsmaßregeln aus der gegenwärtigen in die sozialistische Gesellschaft darstellen, sondern es sind Forderungen, welche die heutigen Zustände in Deutschland zur Voraussetzung und ihre Fortentwicklung nach Maßgabe der Anforderungen des proletarischen Befreiungskampfes zum Zweck haben. Geistige und soweit als möglich ökonomische Hebung der Arbeiterklasse auf der einen und Stärkung des politischen Einflusses der Arbeiterklasse auf der anderen Seite sind die maßgebenden Gesichtspunkte des sozialdemokratischen Aktionsprogramms; was außer denjenigen Forderungen, die dieses Ziel direkt im Auge haben, noch auf ihm steht, darf, so zweckmäßig es auch sonst erscheinen mag, ihm wenigstens nicht widersprechen. Als politisch tätige Partei beschränkt sich die Sozialdemokratie keineswegs auf die Verfechtung der eigentlichen Arbeiterforderungen, sondern tritt auch für viele politische und soziale Maßregeln allgemeiner Natur ein, aber sie wird und darf nichts unterstützen, was im Gegensatz zu den Interessen des Proletariats als Klasse steht. Unnützlich zu sagen, daß als revolutionäre Klasse in der heutigen Gesellschaft die Arbeiterklasse auch die einzige Klasse ist, deren Interessen überall zusammenfallen mit denen des Fortschritts der Gesellschaft.

Forderungen aufstellen, welche die heutigen Zustände zur Voraussetzung haben, heißt nun aber keineswegs, sich auf Forderungen beschränken, welche

unter den heutigen politischen Machtverhältnissen erreichbar sind. Nicht diese bilden das Kriterium für unser aktives Programm, sondern die ökonomisch-soziale Struktur der Gesellschaft ist es, der wir unsere Forderungen anzupassen haben. Darin soll sich eben die Sozialdemokratie von den sogenannten unpolitischen Arbeiterparteien einerseits und dem utopistischen oder sektiererischen Sozialismus andererseits unterscheiden, daß sie den herrschenden Gewalten keinerlei prinzipielle Konzessionen macht, daß sie aber dem jeweiligen ökonomischen und sozialen Status der Gesellschaft bei ihren Vorschlägen bewußt und entschieden Rechnung trägt.

Wie wir bereits erwähnt haben, ist dies auch der Grund, weshalb wir den Vorschlag in einem, sonst sehr beachtenswerten Artikel der „Elberfelder Freien Presse“ vom 25. August d. J.: mit Rücksicht auf diejenigen Forderungen, welche „in unserem heutigen Staat, in Preußen-Deutschland“ keine Aussicht auf Verwirklichung haben, eine eigene dritte Programmrubrik einzuführen, nicht für zweckmäßig halten. Was absolut nicht in die Gegenwart paßt, gehört, soweit es grundsätzlicher Natur, in den ersten, allgemeinen Teil des Programms oder kann ruhig der Zukunft überlassen bleiben, was aber nur deshalb heute unrealisierbar erscheint, weil es auf Annahme vonseiten der übrigen Parteien nicht zu rechnen hat, kann, wenn es sonst rationell ist, getrost im engeren Aktionsprogramm der Partei figurieren. Es aus ihm verweisen, heißt, wenn nicht verwerflichen Opportunismus treiben, so doch ihm Tür und Tor öffnen. Und beides liegt dem Schreiber des im einzelnen sehr vieles Richtige enthaltenden Artikels sicherlich gleich fern.

Nicht darauf kommt es an, welche Aussichten auf Annahme in den Kreisen der Nichtsozialisten irgendeine Forderung hat, sondern wie diese Forderung, wenn durchgeführt, unter den gegebenen Verhältnissen wirken würde. Dies ist nach unserer Ansicht der maßgebende Gesichtspunkt für die Zusammenstellung unseres Aktionsprogramms, nicht die Popularität oder der vermeintliche Radikalismus irgendeiner Forderung.

Aus diesem Grunde vermögen wir auch einem Vorschlag nicht zuzustimmen, der in einem H. M. gezeichneten Artikel in der „Berliner Volkstribüne“ vom 22. August gemacht wird. Dem Verfasser dieses Artikels genügt die, im Programmwurf der Parteivertretung enthaltene Forderung „direkte Anteilnahme des Volkes an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes“ noch nicht, er sieht in ihr einen Versuch, die Volksgesetzgebung durch den Parlamentarismus einzuschränken, und will im Gegenteil, daß im Programm der Partei auf das unzweideutigste gegen das Repräsentativsystem Stellung genommen werde. Er verlangt daher, daß der betreffende Passus folgende Form erhalte:

„Das Recht der Gesetzgebung soll allein dem Volk zustehen und von diesem mittelst des Beschluß- und Vorschlagsrechtes ausgeübt werden. Die Gesetzesvorlagen sollen, soweit sie nicht vom Volke selbst ausgehen, von besonderen dazu gewählten fachmännischen Kommissionen ausgearbeitet werden, ohne Mitwirkung eines parlamentarischen Körpers.“

Weit entfernt, uns diesem Vorschlag anzuschließen, stehen wir vielmehr nicht an, zu erklären, daß wir es für durchaus kein Unglück gehalten hätten, wenn die sogenannte direkte Gesetzgebung ganz und gar aus dem Programm fortgeblieben wäre.

Formal bedeutet die direkte Gesetzgebung unstreitbar gegenüber dem Repräsentativsystem einen Fortschritt im Sinne der Demokratie. Indes ist die Demokratie für uns nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel zu einem größeren, wichtigeren Zweck: der sozialen Umgestaltung der Gesellschaft. Die Sozialdemokratie ist ihrem ganzen Wesen nach revolutionär; die — formale — Demokratie dagegen nur unter bestimmten Voraussetzungen, und in der Regel ist sie dagegen eher konservativ. In den sogenannten Freistaaten sind es denn auch meist die konservativsten Parteien, die sich demokratisch nennen. So in einzelnen Kantonen der Schweiz, so in Nordamerika, so in verschiedenen Republiken Südamerikas. Fast überall ist die demokratische Partei die Partei, welche die Interessen des platten Landes den Interessen der industriellen Bevölkerung gegenüber vertritt. Die Landbevölkerung aber ist ihrer sozialen Tendenzen nach in ihrer großen Mehrheit reaktionär.

Das Repräsentativsystem ist unlegbar weit davon entfernt, etwas Vollkommenes zu sein, aber es hat, je mehr das Wahlrecht zu den Parlamenten aufhört, Privilegium der Besitzenden zu sein, verschiedene Eigenschaften, auf die wir im heutigen Deutschland noch nicht verzichten können. Es sind im wesentlichen die geistig regsten Elemente der Bevölkerung, welche die Wahlkämpfe zu den parlamentarischen Körperschaften führen. Alle Parteien suchen die besten Elemente, die sie haben, in den Vordergrund zu stellen, und ihre Tätigkeit in den Parlamenten wird beständig kontrolliert von der Menge, die hinter ihnen steht — d. h. der Menge derer, die Interesse am öffentlichen Leben nehmen. Im Durchschnitt genommen, sind dies immer die vorgeschritteneren Elemente, selbst soweit die reaktionären Klassen in Betracht kommen. Die direkte Gesetzgebung aber legt die Entscheidung in die Hände der großen Masse der geistig trägen, des indifferenten und englischen Mitglieder der Volksgemeinschaft. Selbst in der Schweiz mit ihrem hochentwickelten politischen Leben und wo die Freiheitsideen dem Volke durch jahrzehntelange Tradition in Fleisch und Blut übergegangen sind, selbst in diesem Lande, wo ein ungemein reges Verkehrsleben den Gegensatz zwischen Stadt und Land viel weniger scharf zum Ausdruck kommen läßt, als in neun Zehnteln des heutigen Deutschland, selbst hier hat diese reaktionäre Seite der direkten Volksgesetzgebung sich wiederholt in der empfindlichsten Weise geltend gemacht. Der Verfasser des angeführten Artikels behauptet zwar, daß alles Übel in der Schweiz daher komme, daß neben der Volksgesetzgebung noch der Parlamentarismus bestehe, und er meint angemäß: „Hätte die Schweiz kein eidgenössisches Parlament, so wäre ihr Asylrecht heute sicher noch unbedeckt, und von der politischen Polizei wäre sie verschont geblieben.“ er ist aber nicht imstande, auch nur eine Tatsache anzuführen, die diese Behauptung rechtfertigt. Es liegt uns fern, auf die schweizerischen Parlamente ein Loblied anzustimmen, aber wenn man die Volksvertretungskörper als solche für die Verstöße gegen das Asylrecht verant-

wortlich macht, so sei daran erinnert, daß im Jahre 1881 im Kanton Zürich, dem vorgeschrittensten Kanton der Schweiz, über 30 000 stimmberechtigte Bürger, die Mehrheit aller Stimmberechtigten, eine Petition unterzeichneten, in der die Kantonsregierung ersucht wurde, die Abhaltung des damals geplanten sozialistischen Weltkongresses auf Züricher Gebiet zu untersagen. Es geschah unter dem Einfluß demagogischer Hetzerei, aber es geschah. Das „Volk“ und nicht das Parlament führte den Schlag gegen das Asylrecht.

Es ist auch eine Illusion, zu glauben, daß mit der Ersetzung des Parlamentarismus durch die Volksgesetzgebung das, was man heute als parlamentarische Korruption zu bezeichnen pflegt, aus der Welt geschafft werde. Dieser naive Ansicht kann nur sein, wer das „Volk“ für eine in jeder Hinsicht homogene Masse hält. Da es das aber nicht ist, sondern in Klassen mit ganz verschiedenen Interessen zerfällt, so würden auch bei der direkten Volksabstimmung die Kompromisse in schönster Blüte stehen.

Und nun nehme man die Berufsstatistik des heutigen Deutschlands zur Hand, vergleiche die Verteilung der Bevölkerung zwischen Land und Stadt, und beantworte sich alsdann die Frage, was die Arbeiterklasse unter diesen Verhältnissen von der direkten Volksgesetzgebung zu erwarten hätte. Eine schwerfälliger, und zwar in jeder Hinsicht schwerfälliger Maschine ist gar nicht denkbar. Als Ergänzung der Volksvertretungen muß das Vorschlags- und Verwerfungsrecht gefordert werden, denn den Bedenken, die gegen dasselbe sprechen, stehen auch manche Vorteile, die es mit sich bringen würde, gegenüber — die direkte Volksgesetzgebung aber, wie sie H.M. fordert, wäre im heutigen Deutschland eine reaktionäre Institution.

Statt die Volksvertretungen im Prinzip zu bekämpfen, hat die Sozialdemokratie in Deutschland noch auf lange hinaus für die Kräftigung der Volksvertretungen einzutreten. Was zu besichtigen ist, das sind vor allen Dingen die Reste des alten Feudalstaates und der Absolutismus, die der Aktion der Arbeiterklasse überall nach wie Bleigewichte anhängen. Den Organen der Volkssouveränität dürfen keine staatlichen Organe übergeordnet gegenüberstehen. — ein Zustand, daß die Volksvertretung Gesetze beschließt und die Regierung dieselben einfach in den Papierkorb wirft, oder daß eine vom Volk unabhängige Bürokratie die Gesetze nach ihrem Gutdünken handhabt, dieser Zustand, der das deutsche Parlament zum Gespött der Welt macht, muß auf das entschiedenste bekämpft werden, denn an ihm stößt sich jede freie Initiative aus dem Volke. Wogegen wir heute grundsätzlich uns zu wenden haben, das ist das Zerbild der Volksvertretung, welches der Deutsche Reichstag und die verschiedenen deutschen Einzel-Landtage darbieten; den Parlamentarismus grundsätzlich zu bekämpfen ist da am Platze, wo man das Ding selbst hat und nicht erst bloß die Karrikatur.

Wir unsererseits hätten in bezug auf diejenigen Paragraphen des vorliegenden Entwurfs, die diese Punkte behandeln, im wesentlichen nur formelle Abänderungsvorschläge zu machen. Wir würden eine andere Zusammenstellung als die jetzige für zweckmäßiger, weil folgerichtiger halten. Den ersten Paragraphen müßten unserer Ansicht nach diejenigen Forderungen

bilden, die sich auf das organische Verhältnis von Verwaltung und Gesetzgebung beziehen, während die Forderungen in bezug auf das Wahlrecht usw. als Ergänzung des ersten, den zweiten Paragraphen zu bilden hätten. Weiter. Obwohl in der Forderung der Selbstverwaltung die der Wahl aller Behörden und der Verantwortlichkeit aller Verwaltungsorgane logischer Weise bereits eingeschlossen ist, so würden wir doch empfehlen, es — mindestens in Klammern — ausdrücklich hinzuzufügen, damit jedwede Verwechslung mit dem Zwittergebilde ausgeschlossen ist, das im heutigen Preußen und in anderen Einzelstaaten ganz unverdientermaßen den Namen Selbstverwaltung führt. Die betreffenden Paragraphen würden dann, mit einigen weiteren redaktionellen Änderungen, die keinen Kommentar bedürfen, folgendermaßen lauten:

„1. Volle Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde (Wahl aller Behörden durch das Volk und Verantwortlichkeit aller Verwaltungsorgane). Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung. Direkte Anteilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts.“

2. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Geheime Stimmabgabe. Vornahme aller Wahlen und Abstimmungen an gesetzlichen Ruhetagen. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Proportionalvertretung.“

Wir haben die Forderung „Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung“ deshalb eingefügt, weil wir sie für beinahe noch wichtiger halten als die der Proportionalvertretung. Die Letztere stößt sich nämlich zur Zeit u. a. immer noch an der Schwierigkeit, eine solche Methode ihrer Ausführung zu ermitteln; die, ohne zu kompliziert zu sein, doch das Prinzip, nach dem sie ihren Namen trägt, konsequent verwirklicht. Alle bisher bekannt gewordenen Systeme der Proportionalvertretung passen unseres Erachtens allenfalls für kommunale und Bezirksvertretungen, für die Wahlen zu den großen Landesvertretungen fehlt es aber unseres Erachtens durchaus noch an einem praktikablen System der Proportionalvertretung. Der Vorschlag, das ganze Land bzw. Reich, zu einem großen Wahlkörper zu erklären, der so und so viele hundert Vertreter zu erwählen hat, erscheint nur einfach, tatsächlich würde er fast unlösbar Verwirrung zur Folge haben. Man erinnere sich nur, zu welcher Unzuträglichkeiten in Frankreich schon die Listenwahl nach Departements geführt hat, und vergesse weiterhin nicht, daß dem Proportionalwahlsystem die natürliche Tendenz der Differenzierung der Parteien innewohnt. Alles das sind keine Gründe, die Forderung nicht im Prinzip zu statuieren, denn wenn die vorerwähnte Schwierigkeit auch bis heute noch nicht gelöst ist, so ist damit noch nicht gesagt, daß sie überhaupt unlösbar sei, aber es sind triftige Gründe genug, die Forderung der Sicherstellung gleichmäßiger Wahlkreise einstweilen nicht fallen zu lassen.

Die Forderungen unter 3 des Entwurfs der Fraktion gehören nach unserer Ansicht mit den Forderungen unter 7 in ein und denselben Paragraphen. Erstens weil sie alle denselben Gegenstand betreffen (Krieg und Frieden), und dann, weil sie einander dergestalt ergänzen, daß jede einzelne erst in Zusammenhang mit den andern ihren vollen Sinn erhält.

zu den einzelnen Forderungen selbst unter 3 wäre Folgendes zu bemerken.

So lange die auswärtige Politik des Reiches von Leuten geführt wird, die dem Volke und der Volksvertretung unverantwortlich gegenüberstehen, ist die Frage, ob das Volk in direkter Abstimmung oder die Volksvertretung über Krieg und Frieden entscheiden sollen, eine ziemlich gegenstandslose. Beide, Volk wie Volksvertretung, werden sich im gegebenen Fall jedesmal in einer Zwangslage befinden, die Frage wird in der Regel erst an sie kommen, wenn das Nein ein Preisgeben wichtiger Interessen des Landes bedeutet. An sich aber ist die Forderung „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volkes“ schon in den Forderungen des ersten Programmparagraphen enthalten, denn wenn überhaupt keine Politik möglich ist, die nicht die Billigung der Volksvertretung findet, so ist auch selbstverständlich keine Kriegserklärung oder Kriegführung möglich ohne die Zustimmung der Volksvertretung. Soll daneben noch der Gedanke im Programm Ausdruck finden, daß kein Krieg geführt werden soll, der nicht vom Volke, das für ihn einzustehen hat, gebilligt worden, so würden wir daher die Forderung des alten Programms „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ der neuen Fassung vorziehen, weil dieselbe im Zusammenhang mit den Forderungen des Paragraphen 1 sehr gut verwirklicht werden kann, und weil sie daneben das Prinzip am entschiedensten ausspricht. „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ bedeutet einen Bruch mit dem ganzen System der heutigen Diplomatie, während bei der Entscheidung durch die Volksvertretung das alte System sehr wohl fortbestehen kann.

Gegen die „Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes“ wird im Prinzip niemand etwas einzuwenden haben, wohl aber kann es der Sozialdemokratie nicht gleichgültig sein, wie dieses Schiedsgericht aussieht. Es möchte daher zweckmäßiger erscheinen, vorläufig nur die Schlichtung aller internationalen Streitfragen auf schiedsgerichtlichem Wege zu verlangen, die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts aber einer Zeit zu überlassen, wo die Völker bei der Zusammensetzung desselben etwas mehr mitzusprechen haben werden wie heute.

Der aus den jetzigen Paragraphen 3 und 7 zusammengesetzte Paragraph erhielt dann folgende Fassung:

„Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr. Schlichtung aller internationalen Streitfragen auf schiedsgerichtlichem Wege. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.“

Die Form „Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr“ anstatt „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“ schlagen wir deshalb vor, weil sie das Ziel feststellt und doch der Partei freie Hand läßt, heute, wo die Auflösung der stehenden Heere nun einmal nicht angeht, bereits eine Reihe von Maßregeln zu verlangen, die wenigstens den Gegensatz zwischen Heer und Volk möglichst verringern, wie z. B. die Aufhebung der besonderen Militärgerichtsbarkeit, Herabsetzung der Dienstzeit usw.

Der Paragraph 4 des Entwurfs bedarf keiner Erklärung oder Umänderung. Er ist der einstimmigen Annahme sicher.

Für den Paragraph 5 halten wir folgende Fassung für zweckmäßiger als die des Entwurfs:

„Aufhebung aller Vorrechte der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften und Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für die Zwecke derselben.“

Mit der Aufhebung ihrer Vorrechte werden die kirchlichen Gemeinschaften von selbst zu reinen Privatvereinigungen, als die sie der Entwurf „betrachtet“ sehen will. Bei der Stellung der Kirche im heutigen Staat scheint uns jedoch eine Fassung notwendig, die nicht nur das schließliche Ziel, sondern auch die Richtschnur unseres Verhaltens in der Gegenwart angibt.

Den Vorschlag des *Mitarbeiters des Hamburger Echo, im Programm auszusprechen, daß der sozialistische Zukunftsstaat jedem alsdann noch vor-handenen religiösen Bedürfnis die nötigen Mittel zur ausreichenden Befriedigung gewähren wird, brauchen wir eigentlich nicht erst zu diskutieren, weil der Zukunftsstaat und seine Beschaffenheit im Programm der Partei überhaupt keine Rolle spielen. Wenn es einmal ein kommunistisches Gemeinwesen geben wird, das den einzelnen seiner Angehörigen nur eigentliche Lebens- und Unterhaltsmittel im engeren Sinne zur freien Verfügung überläßt, dann wird dasselbe wohl selbstverständlich so vernünftig sein, ihnen die Befriedigung geistiger und gemüthlicher Bedürfnisse von Gesellschaft wegen zu ermöglichen. Das ist aber nicht die Frage; um die es sich für die Sozialdemokratie heutigen Tages handelt. Diese lautet, ob das Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen dem Staat und den offiziellen Kirchengemeinschaften, das heute selbst dort existiert, wo nominell die Kirche vom Staat getrennt ist, fortbestehen soll oder nicht. Und diese Frage ist zu verneinen. Irgendwelchen Gewissenszwang oder Geistesdruck auszuüben, liegt der Sozialdemokratie dagegen durchaus fern. Solche Bestrebungen können nur diejenigen in der obigen Forderung erblicken, die, wenn sie Gewissensfreiheit sagen, Beherrschung der Gewissen durch ihre spezielle Kirchengemeinschaft meinen. Wer wirkliche Freiheit der Gewissen will, wird an diesem Programmpunkt nichts aussetzen finden; einer Bevölkerung aber, die noch so stark in religiösen Vorurteilen befangen ist, daß sie das nicht versteht, werden wir es überhaupt nicht recht machen können. Dies geben wir dem *Mitarbeiter des „Hamburger Echo“ zu bedenken, der sich wohl durch seine persönlichen Erfahrungen bei der Agitation unter den Bauern zu dem obigen Vorschlag hat hinreißen lassen.

Der Paragraph 6 sagt nach unserer Ansicht zu wenig und zu viel. Er sagt zu wenig in bezug auf das Wesen der öffentlichen Schulen, und zu viel, indem er die Unentgeltlichkeit aller öffentlichen Bildungsanstalten, also auch derjenigen verlangt, die heute fast nur von den Söhnen der Besitzenden besucht werden. Für die Gegenwart scheint uns das Notwendigste die Reorganisation des öffentlichen Unterrichts auf der Grundlage der Einheitschule, d. h. des Ineinandergreifens aller Schulen, von der niedrigsten Stufe angefangen, bis zur höchsten, und die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den obligatorischen Schulanstalten (heute Schulbesuch bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, Fortbildungsschule usw.), sowie weiterhin für die Kinder derjenigen Eltern, die ein Einkommen unter einer bestimmten Höhe (etwa 3000 Mark) haben. Warum aber Gymnasien, Polytechniken und Universitäten auch den Kindern der Reichen unentgeltlich offen stehen sollen, vermögen wir nicht einzusehen. Wir schlagen also vor, Paragraph 6 so zu fassen:

„Weltlichkeit aller öffentlichen Schulen.¹ Reorganisation des Unterrichtswesens auf der Grundlage der Einheitschule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Schulanstalten bis zum vollendeten 14. Lebensjahre. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel für die Dauer des obligatorischen Schulbesuchs, sowie für die Kinder unbemittelter Eltern an allen höheren Bildungsanstalten.“

Auch der Paragraph 8 gibt zu viel und zu wenig. Die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe (für dieses Wort würde beiläufig besser Rechtsbeistand gesetzt, denn „Rechtshilfe“ ist ein ganz bestimmter juristischer Begriff, der sich auf die gegenseitige Unterstützung der Gerichte untereinander bezieht) wäre unter den gegenwärtigen Verhältnissen die größte Ungerechtigkeit. Soll die Allgemeinheit auch noch die Kosten dafür tragen, wenn Kommerzienrat Meyersohn und Rittergutsbesitzer von Prudewitz wegen einer Hypothekenschuld oder einer Getreidelieferung im Prozesse liegen? Das ist uns, offen gestanden, etwas zu „demokratisch“. Man müßte also hier, und ebenso im nächsten Paragraphen bei der Forderung der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, mindestens eine bestimmte Grenze ziehen. Eine Forderung, die bei erreichter Unentgeltlichkeit des Rechtsbeistandes allerdings bedeutungslos wird, zur Zeit aber keineswegs gegenstandslos ist und als Ergänzung der Wahl durch das Volk sogar logischerweise gefordert werden muß, ist die Aufhebung des Anwaltszwanges. Weiter schließen wir uns dem Antrag der Genossen in Frankfurt a. d. Oder an, dem Paragraph 8 die Forderung der Entschädigung unschuldig Verurteilter zuzufügen, wozu als Ergänzung natürlich auch die Entschädigung der unschuldig Verhafteten gehört. Danach würde Paragraph 8 also lauten:

¹ Es erscheint uns weder notwendig noch mit dem Grundsatz der Gewissensfreiheit vereinbar, den religiösen Gemeinschaften zu verbieten, aus eigenen Mitteln eigene Schulen zu gründen, wo sie ihre Grundsätze lehren.

„Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Aufhebung des Anwaltszwanges. Entschädigung unschuldig Verurteilter, sowie der ohne eigenes Verschulden Verhafteten. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes für... (die Grenze zu bestimmen überlassen wir dem Kongreß).“

Paragraph 9: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel für... (wie oben).“

Dabei ist fernerhin noch zu berücksichtigen, daß, je weiter der Kreis der Unentgeltlichkeit zu Genießenden gezogen wird, das Heer der vom Staat angestellten und von ihm abhängigen Personen um so mehr anwächst, wie auf der anderen Seite unsere Bewegung ihren Charakter notwendigerweise ändern muß, wenn wir den Schwerpunkt von dem Kampf um die Aufhebung des Lohnverhältnisses immer mehr in die Richtung der Bestrebungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter durch Verbilligung ihrer Bedürfnisse verschieben.

Zu Paragraph 10 der Forderungen, der von den Steuern handelt, ist in einer Berliner Versammlung der Vorschlag gemacht worden, statt „stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftssteuer usw.“ zu sagen: „stufenweis steigende Einkommen-, Kapital-, Kapitalrenten-, Zins- und Erbschaftssteuer usw.“

Wir halten die hinzugesetzten Worte für keine Verbesserung des Entwurfs.

Die sogenannte Kapitalrentensteuer ist nur eine Abart der Einkommensteuer. Sie will das Einkommen aus reinem Kapitalbesitz höher treffen als das aus irgendeiner Tätigkeit herkommende. Obwohl der Unterschied oft nur nominell ist — gar mancher Fabrikant oder Kaufmann „arbeitet“ in seinem Geschäft nicht mehr als der erste beste Rentier — läßt sich indes gegen das Prinzip nichts einwenden. Aber da ein und dasselbe Einkommen doch immer nur einmal besteuert werden und nur die Höhe der Steuer verschieden bemessen werden soll, so erscheint es uns rationeller, den Gedanken so auszudrücken: „Stufenweis nach Ursprung und Höhe der Einkommen usw. steigende... Steuer.“

Eine „Zinssteuer“ hat nach unserer Ansicht gar keinen Sinn. Wer soll dieselbe zahlen? Der Darlehensgeber oder der Darlehensnehmer? Doch nach Ansicht des Antragstellers der erstere? Solange aber kein Gesetz erlassen wird, daß nur zu einem bestimmten Zinssatz, nicht drüber und nicht drunter, Geld ausgeliehen werden darf, wird es tatsächlich fast immer der Darlehensnehmer sein; er wird im Zins die Steuer mitbezahlen müssen. Die Zinssteuer ist oder wäre eben auch nur eine indirekte Steuer.

Derselbe Genosse, der diesen Antrag stellte, meinte in seiner begründenden Rede u. a., daß die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten sich auf das Eintreten für praktische Arbeiterforderungen beschränken solle. Bei Dingen aber, die nur im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft liegen, solle man sich von jeder Mitarbeit ausschließen.

Nun, die „Zinssteuer“ ist doch wahrhaftig keine praktische Arbeiterforderung. Sie ist eine kleinbürgerliche Schulle, für die einzutreten selbst die Konkurrenz der antisemitischen Bauernfänger uns nicht verleiten darf.

Auch die Forderung der „Kapitalsteuer“ im Entwurf der Parteivertretung will uns nicht recht einleuchten. Ist damit die Besteuerung der Geldkapitalien und des Grundbesitzes gemeint, so würde man wohl besser „Besitzsteuer“ oder „Vermögenssteuer“ sagen. Aber auch diese Steuer wird hinfällig, bzw. überflüssig, wenn die Einkommensteuer nicht nur nach der Höhe, sondern auch dem Ursprung des Einkommens reguliert wird. Und das ist doch der leitende Gedanke der sozialdemokratischen Steuerpolitik in der gegenwärtigen Gesellschaft. Alle kleinbürgerliche Befehdung des Kapitals liegt der Sozialdemokratie fern.

Ein von anderer Seite ausgehender Vorschlag will, nach Analogie des französischen Minimumprogramms, die Vererbung an Seitenlinien, sowie die Vererbung aller eine gewisse Höhe (im französischen Programm 20 000 Franken = 16 000 Mark) übersteigenden Kapitalien verboten wissen. Wir können jedoch die Forderung schon deshalb nicht unterschreiben, weil sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen weder durchführbar ist noch ihre Durchführung wünschbar wäre. Will man sie als Prinzip aufstellen, so gehört sie an eine andere Stelle des Programms. Für die Gegenwart genügt die Forderung der stufenweis — ebenfalls nach Art und Umfang des Vermögens des Erblassers — steigenden Erbschaftssteuer, zumal man die Sätze derselben jederzeit nach Bedürfnis und nach dem Vertrauen in die Staatsverwaltung erhöhen kann. —

Wir kommen nun zu demjenigen Teile des Programmentwurfs, der sich mit dem eigentlichen Arbeiterschutz beschäftigt. Er zerfällt in fünf Paragraphen, die zwar die Hauptpunkte, des Gegenstandes so ziemlich erschöpfen, aber im einzelnen uns doch noch der Ergänzung zu bedürfen scheinen. So sehr wir im grundsätzlichen Teil des Programms für möglichste Kürze eingetreten sind — hier bei der Formulierung der Anforderungen an die Gegenwart wäre es unserer Ansicht nach ein großer Fehler, wesentliche Forderungen bloß der Kürze halber beiseite zu lassen.

Im Paragraph 1 dieser Abteilung, der die Grundlagen für eine zunächst zu schaffende nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung angibt, vermissen wir die Forderung des Verbots der besonders gesundheitsgefährlichen Fabrikationen, obwohl dieses Verbot bzw. wo ein absolutes Verbot nicht wünschenswert, besondere gesundheitspolizeiliche Schutzmaßnahmen doch gerade international am ehesten durchzusetzen wären. Ferner wäre nach unserer Ansicht neben dem achtstündigen Normalarbeitstag eine noch kürzere Arbeitszeit (etwa 6 Stunden) für die Arbeiter unter 18 Jahren zu verlangen. Der Ausbeutung jugendlicher Arbeiter müssen so enge Grenzen gezogen werden, als sich mit den Bedingungen ihrer Ausbildung verträglich.

Bei der Forderung im Absatz 2, die die Überwachung der gewerblichen Betriebe behandelt, hätten wir statt „Arbeitskammern“ lieber „Arbeitserkammern“. Das ist unzweideutiger. Ferner, da die Arbeitsämter usw. das

Institut der Gewerbeinspektoren nur überwachen, aber nicht überflüssig machen werden, so empfiehlt sich der Zusatz: Gewerbeinspektoren durch die Arbeiter gewählt.

Man macht zwar heute offiziell bereits sehr viel in gewerblicher Hygiene, doch bleibt dieselbe eine Forderung, die auf keinem Arbeiterprogramm fehlen darf. Denn das, was heute durchgeführt wird, erschöpft durchaus nicht das, was in dieser Hinsicht tatsächlich zu geschehen hat. „Durchgreifende gewerbliche Hygiene“ ist auch keine übermäßige Belastung des Programms.

Mit Bezug auf den Paragraph 5 dieser Abteilung ist von den Genossen in Frankfurt/Oder beantragt worden, statt „Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung“ zu sagen: „Übernahme ... mit voller Selbstverwaltung der Arbeiter“. Da diese Forderung sich höchstens an der Abgrenzung der nichtsozialistischen Parteien stoßen würde, sachlich aber durchaus durchführbar wäre, so sehen wir keinen Grund, ihr nicht zuzustimmen.

Damit wären wir mit dem Entwurf selbst zu Ende und hätten nur noch einige Zusatzanträge aus den Reihen der Genossen zu besprechen. Die meisten derselben sind aber in Versammlungen und in der Tagespresse der Partei genügend erörtert worden, so daß wir es für Raumverschwendung halten würden, hier noch einmal auf sie zurückzukommen. Nur mit einem Antrag glauben wir eine Ausnahme machen zu müssen, und zwar namentlich deshalb, weil er, wenn auch in verschiedener Form, von den Genossen verschiedener Orte gestellt worden ist. Wir meinen den Antrag auf staatliche Unterstützung der Arbeitslosen, bzw. — wie ihn die Genossen in Frankfurt/Oder formulieren — „auf staatliche Sicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit“.

Wollten wir die letzte Fassung wörtlich nehmen, so würde sie nicht mehr und nicht minder bedeuten als die Forderung, die heutige Gesellschaft solle — den Sozialismus verwirklichen. Die staatliche Sicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit bedeutet die staatliche, bzw. gesellschaftliche Organisation der Arbeiter überhaupt. Denn was heißt Arbeitslosigkeit? Doch nicht etwa nur, was der Bourgeois von heute darunter versteht, nämlich, daß der Arbeiter überhaupt keine Beschäftigung — auch zu den schlechtesten Bedingungen und der größten Art — findet, sondern daß er keine Arbeit findet, zu der er sich eignet und die ihm ein seinen Gewohnheiten entsprechendes Einkommen gewährt. Gegen diese Arbeitslosigkeit Sicherstellung vom heutigen Staat erwarten, wäre Utopie; gegen sie Sicherstellung verlangen in einem Programm, das an der Spitze sagt, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft sei diese Sicherstellung unmöglich, hieße diesem eigenem Programm ins Gesicht schlagen oder etwas aussprechen, woran man nicht glaubt. Die Frankfurter Fassung geht also auf keinen Fall an.

bleibt der Gedanke, der wohl derselbe ist, wie in dem Antrag des *Mitarbeiters des „Hamburger Echo“:

„Die Sozialdemokratie verlangt, daß allen Erwerbslosen aus Staatsmitteln ausreichender, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechender Unterhalt gewährt werde, ohne Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte.“

Dieser Antrag ist formell rationeller als der der Frankfurter Genossen, aber auch nur formell. In der Sache selbst stehen wir auch hier vor derselben Frage. Wer ist arbeitslos oder gar, wie es im vorstehenden Antrag heißt, „erwerbslos?“ Und — wer bestimmt, ob in einem gegebenen Fall wirkliche Erwerbslosigkeit vorliegt oder nicht? Es kann doch nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, das Simultanentum systematisch zu fördern, und die Großziehung des Lumpenproletariats auf Kosten des arbeitenden Teils der Bevölkerung zu verlangen? Anträge, die wir an den heutigen Staat stellen, mögen so radikal sein, wie sie wollen, aber sie müssen den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechen. Schlechtweg Unterhaltung aller Erwerbslosen aus Staatsmitteln verlangen, heißt nicht nur jeden, der nicht Arbeit finden kann, sondern auch jeden, der nicht Arbeit finden will — und deren züchtet die heutige Gesellschaft nur zu viele — auf den Staatstrog anweisen.

Es gibt in der modernen Gesellschaft zwei Arten von wirklicher Arbeitslosigkeit: Das eine ist die Arbeitslosigkeit, in die jeder Arbeiter zeitweilig verfällt, wenn er aus irgendwelchem Grunde seine bisherige Arbeitsstelle aufgegeben oder verloren hat, und nun vorerst keine andere entsprechende Stelle findet. Sicherlich ist schon diese Arbeitslosigkeit in den meisten Fällen mit großen Entbehrungen verknüpft, und die beständige Gefahr, ihr zu verfallen, steht wie ein drohendes Gespenst hinter dem Rücken des Proletariats von heute. Sie ist die stets geschwungene ideelle Peitsche, die ihn ebenso wirksam und oft noch wirksamer zur Arbeit treibt, wie die wirkliche Peitsche einst den Sklaven und den Leibeigenen. Aber sie ist zugleich der Sporn, der ihn antreibt, für die Beseitigung einer Gesellschaftsordnung zu wirken, in der der Arbeiter trotz aller scheinbaren Freiheiten doch nur ein Sklave ist — ein Sklave der Verhältnisse; sie ist der Aufhetzer, der den Proletariat von heute zum geborenen Revolutionär macht, zum geborenen Kämpfer für den politischen und sozialen Fortschritt. Dem Arbeiter während dieser Arbeitslosigkeit heute staatlichen Unterhalt, wie ihn der Antrag bezeichnet, verschaffen wollen, ist eine Utopie, denn der heutige Staat, bzw. die heutige Gesellschaft kann ihm diesen Unterhalt nicht gewähren, und es ist eine konservative Utopie, denn wenn der Staat diesen Unterhalt gewähren könnte und würde, so würde dies zur notwendigen Folge haben eine vollständige Erschlaffung der Arbeiterbewegung; die Arbeiterklasse würde von diesem Tage ab aufhören, eine revolutionäre Klasse zu sein — sie würde nichts mehr von ihrer eigenen politischen und ökonomischen Aktion erwarten, das Ideal unserer Gegner wäre erfüllt.

Gewiß, das will der Antragsteller nicht, und er ist sicherlich auch von der Illusion frei, als könne seiner Resolution im heutigen Staat je entsprechen werden. Er hat sie ihrer agitatorischen Wirkung wegen gestellt. Wir aber meinen, eine Forderung, die einer falschen Auffassung vom Wesen der heutigen Gesellschaft Vorschub leistet, darf von uns nicht aufgestellt werden,

auch wenn sie agitatorisch noch so gute Dienste leisten würde. Unsere Agitation heißt nicht bloß aufhetzen — um einmal dieses, bei den Gegnern so beliebte Wort zu gebrauchen, sie heißt vor allen Dingen aufklären.

Die zweite wirkliche Arbeitslosigkeit, das ist die in Zeiten großer Geschäftsstockungen, die Arbeitslosigkeit in Zeiten der Krisen, wo die Arbeiter nicht bloß als einzelne aus der Produktion her austreten, sondern in Massen aus ihr herausgeworfen werden — wo sie zu Hunderttausenden auf dem Pflaster liegen. Hier, wo es unmöglich ist, zu behaupten, daß individuelles Verschulden Ursache der Arbeitslosigkeit ist, wo es auf der Hand liegt, daß der einzelne beim besten Willen sich nicht helfen kann, hier pflegt auch jetzt schon der Staat — bzw. die Gemeinde — einzugreifen, wenn auch meist jämmerlich genug. Daß der Staat und die Gemeinden solcher Arbeitslosigkeit, wie überhaupt der Not gegenüber mehr tun können und daher auch sollen, als sie heute tun, das ist unbestritten, und daß die verobfoltete Unterstützung keine Beeinträchtigung der politischen Rechte der Unterstützten zur Folge haben soll, das sind Forderungen, denen auch wir uns gern anschließen; aber generell und schlechtweg den Arbeiter auf das Staatsalmoosen verweisen, statt ihm zu zeigen, daß „ausreichender, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechender Unterhalt“ vom heutigen Staat nun und nimmer gewährt werden kann, das halten wir für absolut verfehlt. Die Konsequenz dieses Vorschlages wäre der Staatssozialismus, und man braucht wirklich kein Anarchist zu sein, um die ewigen Anweisungen auf den Staat des Guten zu viel zu finden.

Man soll das Kind stets beim rechten Namen nennen, und darum würde uns von allen auf diesen Gegenstand bezüglichen Anträgen am meisten der Paragraph III b 2 im Entwurf des H. L.-Mitarbeiters der „Elberfelder Freien Presse“ gefallen, der kurz und bündig lautet:

„Gesetzliche Festsetzung erhöhter Armenpflege. Recht auf Armenpflege. Abschaffung der an die Unterstützung geknüpften politischen Nachteile.“

Das sind Forderungen, die in den Rahmen des heutigen Staates passen, und die doch der Sozialdemokratie die Möglichkeit gewähren, der Interessen derjenigen sich anzunehmen, die infolge der heutigen Produktionsanarchie zeitweilig oder dauernd der Möglichkeit beraubt worden sind, durch Arbeit sich und die Ihrigen zu ernähren. Im übrigen aber wollen wir an dem Grundsatz festhalten, daß der moderne Proletarier zwar arm, aber kein Armer ist. In diesem Unterschied liegt eine ganze Welt, liegt das Wesen unseres Kampfes, die Hoffnung unseres Sieges.

*

Fassen wir unsere Vorschläge zum Programm zusammen, so würde dasselbe ihnen entsprechend lauten:

„Die industrielle Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt

den Arbeiter von den Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes diese das Monopol einer kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

„Hand in Hand damit geht die Zusammenfassung der zersplitterten Kleinbetriebe in Riesenbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum des Ertrags der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelstände bedeutet sie Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

„Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist ehemals das Mittel gewesen, dem freien Arbeiter den Besitz seines Produkts zu sichern. Heute ist dieses selbe Eigentumsrecht zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Erniedrigung zu einer Quelle der Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Menschheit, die unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Alle anderen Klassen stehen auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln. Das Proletariat ist die einzige Klasse, deren Interesse immer entschiedener auf dessen Aufhebung drängt.

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Sie kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

„Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

„Die Befreiung der Arbeiterklasse ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats wohl bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen.

„Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Auch in der heutigen Gesellschaft bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt daher gegenwärtig für folgende Forderungen ein:

1. Volle Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde (Wahl der Behörden durch das Volk und Verantwortlichkeit aller Verwaltungsorgane). Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung. Direkte Anteilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts.
2. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Geheime Stimmabgabe. Vornahme aller Wahlen und Abstimmungen an gesetzlichen Ruhetagen, Entschädigung für die gewählten Vertreter. Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung, Proportionalvertretung.
3. Erziehung zu allgemeiner Wehrtätigkeit. Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken und unterdrücken.
5. Aufhebung aller Vorrechte der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften und Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für die Zwecke derselben.
6. Weltlichkeit aller öffentlichen Schulen. Reorganisation des Unterrichtswesens auf der Grundlage der Einheitsschule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Schulschichten bis zum vollendeten 14. Lebensjahr. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel für die Dauer des obligatorischen Schulbesuchs, sowie für die Kinder unbemittelter Eltern an allen höheren Bildungsanstalten.
7. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Aufhebung des Anwaltszwanges, Entschädigung unschuldig Verurteilter sowie der ohne eigenes Verschulden Verhafteten. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes für...
8. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel für...
9. Gesetzliche Festsetzung erhöhter Armenpflege, Recht auf Armenpflege. Abschaffung der an die Unterstützung geknüpften politischen Nachteile.
10. Stufenweis nach Ursprung und Höhe der Einkommen beziehungsweise nach Art und Umfang des Erbguts steigende Einkommen- und Erbschaftsteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutz der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstages.
 - b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren.
 - c) Beschränkung der täglichen Arbeitszeit für Arbeiter unter 18 Jahren auf 6 Stunden.
 - d) Verbot der Nacharbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nacharbeit erheischen.
 - e) Eine ununterbrochene Rubepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - f) Verbot des Trucksystems.
2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter, Arbeiterkammern und von den Arbeitern gewählte Gewerbeinspektoren. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Diensten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit voller Selbstverwaltung der Arbeiter.

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer, Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel, in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und

der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit: Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichen Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und die Versammlung der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privat-rechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule, Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter, Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel, Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht, Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
 - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Truicksystems.
2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

FRIEDRICH ENGELS:

Zur Kritik des Sozialdemokratischen Programm-Entwurfs 1891

Der jetzige Entwurf unterscheidet sich sehr vorteilhaft vom bisherigen Programm. Die starken Ueberreste von überlebter Tradition — spezifisch las-sallischer wie vulgär-sozialistischer — sind im wesentlichen beseitigt, der Entwurf steht nach seiner theoretischen Seite im ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft und läßt sich von diesem Boden aus diskutieren.

Er zerfällt in drei Abschnitte: I. Erwägungsgründe, II. Politische Forderungen, III. Arbeiterschutzforderungen.

I. ERWÄGUNGSGRÜNDE IN ZEHN ABSÄTZEN

Im allgemeinen leiden diese an dem Versuch, zwei unvereinbare Dinge zu vereinigen: sowohl Programm wie Kommentar zum Programm zu sein. Man fürchtet, nicht deutlich genug zu sein, wenn man kurz und schlagend ist, setzt deshalb Erläuterungen hinein, die die Sache breit und schleppend machen. Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und präzise als möglich zu sein. Selbst wenn auch einmal ein Fremdwort oder ein nicht auf den ersten Blick in seiner ganzen Tragweite zu erfassender Satz vorkommt, schadet das nichts. Der mündliche Vortrag in den Versammlungen, die schriftliche Erklärung in der Presse tut das alles Nötige, und der kurze, prägnante Satz befestigt sich dann, einmal verstanden, im Gedächtnis, wird Schlagwort, und das passiert der breiteren Auseinandersetzung nie. Man opfert der Rücksicht auf Popularität nicht zu viel, man unterschätze nicht die geistige Begabung und Bildungsstufe unserer Arbeiter. Sie haben weit schwerere Dinge verstanden, als das kürzeste, knappste Programm ihnen bieten kann; und wenn die sozialistengesetzliche Zeit auch die volle Durchbildung der neuhinzugekommenen Massen erschwert und stellenweise verhindert hat — unter Leitung der alten wird das bald nachgeholt, jetzt, wo unsere Propagandaschriften wieder ungestört aufbewahrt und gelesen werden können.

Ich will versuchen, diesen ganzen Passus etwas kürzer zu fassen, und wenn es mir gelingt, ihn beiliegen oder nachschicken und gehe nun an die einzelnen, von 1 bis 10 nummerierten Absätze. In Beilage 1 sind meine Vorschläge in den Entwurf gesetzt¹.

Absatz 1. „Die Trennung“ „Bergwerke, Gruben, Minen“ — drei Worte für eine Sache; zwei sollten fallen. Ich würde Bergwerke stehenlassen, die ja bei uns auch in der plattesten Ebene so heißen und alles mit dem gebräuchlichen Ausdruck bezeichnen. Dagegen würde ich hinzufügen: „Eisenbahnen und andere Verkehrsmittel“².

¹ Laut Anmerkung der Redaktion der „Neuen Zeit“ war diese Beilage nicht mehr aufzufinden. Die Red.

² Hier die Fassung, die der betreffende Absatz in dem wenige Tage nach dem Eintreffen des nachstehenden veröffentlichten Entwurfs des Parteivorstandes gefunden; man kann daraus ersehen, inwieweit darin die Engelschen Vorschläge Berücksichtigung gefunden. Der Absatz

Absatz 2. Hier würde ich setzen: „In den Händen ihrer Aneigner (oder ihrer Besitzer) sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel“, und ebenso nachher „Abhängigkeit... von den Besitzern (oder Aneignern) der Arbeitsmittel“ usw.

Daß die Herren sich jene Dinge als „Alleinbesitz“ angeeignet, ist schon ad 1 gesagt, und kann hier nur wiederholt werden, wenn man plattlerdings darauf besteht, das Wort „Monopolisten“ hineinzubringen. Weder das eine noch das andere Wort fügt dem Sinne das Geringste zu. Was aber in einem Programm überflüssig, das schwächt ab.

„Die für den Bestand der Gesellschaft nötigen Arbeitsmittel“; das sind immer die gerade vorhandenen. Vor der Dampfmaschine würde man ohne sie fertig, jetzt könnte man's nicht mehr. Da heutzutage die sämtlichen Arbeitsmittel direkt oder indirekt — entweder ihrer Konstruktion nach oder vermittelt der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit — gesellschaftliche Arbeitsmittel sind, so drücken diese beiden Worte das in jedem Moment Vorhandene hinreichend aus, richtig und ohne schiefe Nebenbedeutung.

Wenn sich der Schluß an die Erwägungsgründe der internationalen Statuten³ anschließt, so würde ich vorziehen, daß dies ganz geschieht: „dem gesellschaftlichen Elend (dies ist Nr. 1), der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit“. Die physische Verkümmern ist im gesellschaftlichen Elend eingeschlossen, und die politische Abhängigkeit ist eine Tatsache, während die politische Rechtlosigkeit eine deklamatorische Phrase von nur relativer Gültigkeit ist, dergleichen nicht in ein Programm gehört.⁴

Absatz 3. Der erste Satz muß nach meiner Ansicht geändert werden. „Unter der Herrschaft der Alleinbesitzer.“ Erstens ist das, was folgt, eine ökonomische Tatsache, die ökonomisch zu erklären ist. Der Ausdruck Herrschaft der Alleinbesitzer bringt aber den falschen Schein hinein, als habe die politische Herrschaft jener Räuberbande das verursacht. Zweitens gehören zu diesen Alleinbesitzern nicht nur „Kapitalisten und Großgrundbesitzer“ (was sollen die Bourgeois dahin...)? Sind sie eine dritte Klasse von Alleinbesitzern? Sind die Großgrundbesitzer auch „Bourgeois“? Sollen, wenn von Großgrundbesitzern einmal die Rede ist, dann die

lautet: „Die Trennung des Arbeiters von den Arbeitsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Übergang in den Alleinbesitz eines Teiles der Gesellschaftsmitglieder hat zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende, geführt.“ Die Red.

³ Engels meint die Statuten der internationalen Arbeiterassoziation. Siehe Anhang, S. 147. Die Red.

⁴ Absatz 2 bekam folgende Fassung: „In den Händen ihrer Aneigner sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung der Arbeiter unter die Besitzer der Arbeitsmittel, das heißt der Lebensquellen, ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gesellschaft, des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmern, der politischen Abhängigkeit.“ Die Red.

kolossalen Reste von Feudalismus ignoriert werden, die unserer ganzen politischen Saverei in Deutschland ihr spezifisch reaktionäres Gepräge geben?). Auch Bauern und Kleinbürger sind „Alleinbesitzer“, wenigstens nach heute; sie figurieren aber im ganzen Programm nicht, und deshalb muß sich so ausgedrückt werden, daß sie überhaupt nicht eingeschlossen sind in die Sorte von Alleinbesitzern, von denen man spricht.

„Die Anhäufung der Arbeitsmittel und des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums.“ „Der Reichtum“ besteht aus 1. Arbeitsmitteln, 2. Lebensmitteln. Es ist also ungrammatisch und unlogisch, erst von einem Teile des Reichtums zu sprechen und dann nicht von dem anderen Teile, sondern von Gesamtreichtum, und beide zu verbinden durch und.

„Nimmt... in den Händen der Kapitalisten mit wachsender Geschwindigkeit zu.“ Wo bleiben da die „Großgrundbesitzer“ und die „Bourgeois“ von oben? Genügen die Kapitalisten hier, so sollten sie auch oben genügt haben. Geht man aber ins Einzelne, so genügen sie überhaupt nicht.

„Immer größer wird die Zahl und das Elend der Proletarier.“ Dies ist nicht richtig, so absolut gesagt. Die Organisation der Arbeiter, ihr stets wachsender Widerstand wird dem Wachstum des Elends möglicherweise einen gewissen Damm entgegensetzen. Was aber sicher wächst, ist die Unsicherheit der Existenz. Das würde ich hineinsetzen.⁵

Absatz 4. „Die im Wesen der kapitalistischen Privatproduktion begründete Planlosigkeit“ verdient starke Verbesserung. Ich kenne eine kapitalistische Produktion als Gesellschaftsform, als ökonomische Phase, eine kapitalistische Privatproduktion als eine innerhalb dieser Phase so oder so vorkommende Erscheinung. Was heißt denn kapitalistische Privatproduktion? Produktion durch den einzelnen Unternehmer, und die wird ja schon mehr und mehr Ausnahme. Kapitalistische Produktion durch Aktiengesellschaften ist schon keine Privatproduktion mehr, sondern Produktion für assoziierte Rechnung von vielen. Und wenn wir von den Aktiengesellschaften übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur die Privatproduktion auf, sondern auch die Planlosigkeit. Man streiche „Privat“, und der Satz kann allenfalls passieren.

⁵ Der Absatz 3 lautet in der definitiven Fassung des Vorstandes: „Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums in den Händen der Ausbeuter — der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Verteilung des Arbeitsproduktes zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industriefeinde ist.“ Die Red.

⁶ Lenin sagt dazu: „Hier ist gerade das Grundlegende in der theoretischen Bewertung der neuesten Phase des Kapitalismus, d. h. des Imperialismus, nämlich die Tatsache, daß der Kapitalismus sich in einen monopolistischen Kapitalismus verwandelt, herausgegriffen.“ Lenin, Staat und Revolution. Die Red.

„Den Ruin weiter Volksschichten“, statt dieser deklamatorischen Phrase, die aussieht, als läte uns der Ruin von Bourgeois und Kleinbürgern noch leid, würde ich die einfache Tatsache erzählen: „die durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände, der Kleinbürger und Kleinbauern, den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern“ (oder vertiefen).

Die beiden Schlusssätze sagen zweimal dasselbe. Ich gebe in der Beilage I einen Änderungsvorschlag.⁷

Absatz 5. „der Ursachen“ muß heißen „seiner Ursachen“, was wohl nur ein Schreibfehler ist.⁸

Absatz 6. „Bergwerke, Minen, Gruben“, wie oben ad 1. Privatproduktion wie oben ad 4. Ich würde sagen: „Umwandlung der gegenwärtigen kapitalistischen Produktion für Rechnung von Einzelnen oder Aktiengesellschaften in sozialistische Produktion für Rechnung der gesamten Gesellschaft und nach vorherbestimmtem Plane, eine Umwandlung usw. . . schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse und damit die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.“⁹

Absatz 7. Ich würde sagen wie in Beilage I.¹⁰

Absatz 8. Statt klassenbewußt, was zwar unter unseren Kreisen leicht verständliche Abkürzung, würde ich sagen im Interesse des allgemeinen Verständnisses und in der Übersetzung in fremde Sprachen: „mit den vom Bewußtsein ihrer Klassenlage durchdrungenen Arbeitern“ oder Ähnliches.¹¹

⁷ Absatz 4 im Vorstandsentwurf: „Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit erzeugt jene immer länger andauernden Krisen und Arbeitsstokungen, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aelgner der gesellschaftlichen Arbeit mittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirtschaftlichen und politischen Führung verlieren.“ Die Red.

⁸ Absatz 5: „Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der Arbeiterklasse.“ Die Red.

⁹ Absatz 6: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß die Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, — in Gemeineigentum der Gesellschaft und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion; eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Produktion selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat und weiter schafft, und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.“ Die Red.

¹⁰ Absatz 7 ist verschoben worden. Im veröffentlichten Entwurf des Vorstandes ist der frühere Absatz 7 zum Absatz 7 geworden. Der als Absatz 8 veröffentlichte Absatz bildete im ersten, Engels vorliegenden Entwurf wohl den 7. Er lautet in seiner definitiven Fassung: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil die übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und trotz der Interessentheiligkeit unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heiligen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben.“ Die Red.

¹¹ Der Absatz, im veröffentlichten Entwurf der 9., lautet: „Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In diesem Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.“ Die Red.

Absatz 9. Schlusssatz: „... setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und politischen Unterdrückung in einer Hand vereinigt.“¹²

Absatz 10. Hinter „Klassenherrschaft“ fehlt „und der Klassen selbst“. Die Abschaffung der Klassen ist unsere Grundforderung, ohne die die Abschaffung der Klassenherrschaft ökonomisch ein Ding. Statt „für das gleiche Recht aller“ schlage ich vor: „für gleiche Rechte und gleiche Pflichten“ aller usw. Die gleichen Pflichten sind für uns eine ganz besonders wesentliche Ergänzung der bürgerlich-demokratischen gleichen Rechte und nehmen ihnen den spezifisch bürgerlichen Sinn.

Den Schlusssatz: „In ihrem Kampfe... geeignet sind“, möchte ich lieber streichen. In seiner Unbestimmtheit: „welche die Lage des Volkes im allgemeinen (wer ist das?) ... zu verbessern geeignet sind“, kann er alles umfassen, Schutzzölle und Freihandel, Zünfte und Gewerbefreiheit, Bodenkredit, Tauschbanken, Impfwang und Impferbot, Alkoholismus und Antischnaps usw. Was er sagen soll, steht im Vordergrund schon drin, und daß, wenn man das Ganze will, man auch jedes einzelne Stück mitnimmt, braucht man doch nicht extra zu sagen, ich meine, das schwächt den Eindruck ab. Will man den Satz aber als Übergang zu den Einzelforderungen, dann könnte man etwa sagen: „verpflicht die Sozialdemokratie alle Forderungen, welche sie diesem Ziele näherführen.“ („Maßregeln und Einrichtungen“ als Wiederholung zu streichen) oder aber, was noch besser, man sagt geradezu, um was es sich handelt, daß man die veräurte Arbeit der Bourgeoisie nachholen muß; in dem Sinne habe ich einen Schlusssatz in Beilage I gesetzt, diesen halte ich für wichtig wegen meiner Bemerkungen in folgendem Abschnitt und zur Motivierung meiner dort gemachten Vorschläge.¹³

II. POLITISCHE FORDERUNGEN

Die politischen Forderungen des Entwurfes haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin. Wenn alle diese zehn Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst. Die Reichsverfassung ist in der Abmessung der dem Volke und seiner Vertretung überwiesenen Rechte ein purer Abklatsch der preussischen Verfassung von 1850, einer Verfassung, worin die äußerste Reaktion in Paragraphen gefaßt ist, worin die Regierung alle wirkliche Macht besitzt

¹² Dieser Absatz steht im Entwurf des Parteivorstandes an stehender Stelle und lautet dort: „Die Sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.“ Die Red.

¹³ Absatz 10: „Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Befreiungskampf vertritt die Sozialdemokratie als die klarsten nicht bloß der Lohnarbeiter, sondern der Ausbeuteten und Unterdrückten insgesamt alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen, welche die Lage des Volkes im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen zu verbessern geeignet sind.“ Die Red.



und die Kammern nicht einmal das Steuerverweigerungsrecht haben; einer Verfassung, die in der Konfliktzeit bewies, daß die Regierung mit ihr machen konnte, was sie wollte. Die Rechte des Reichstags sind genau dieselben, wie die der preußischen Kammer, und daher nannte Liebknecht diesen Reichstag das Feigenblatt des Absolutismus. Auf Grundlage eines Bundes zwischen Preußen, Ruß-Geiz-Schleiz-Lobenstein, wovon das eine soviel Quadratmeilen hat als das andere Quadratzoll, auf solcher Grundlage die „Umwandlung aller Arbeitsmittel in Gemeineigentum“ durchführen zu wollen, ist augenscheinlich sinnlos.

Daran zu tasten ist aber gefährlich. Und dennoch muß so oder so die Sache angegriffen werden. Wie nötig das ist, beweist gerade jetzt der in einem großen Teile der sozialdemokratischen Presse existierende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistischer Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Geschehenen Äußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige Stand in Deutschland der Partei entgegen können, alle friedlichen Wege durchzuführen. Man redet sich und heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein“, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gerüst hinauswachse, diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengt Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht außerdem auch noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe. Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird, und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist. Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle anderen Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden.

Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schiebt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind. Soll es wieder gehen, wie seinerzeit mit den Schutzzöllen¹⁴, die man damals für eine nur die Bourgeoisie angehende, die

¹⁴ In der Frage der Schutzzölle entstand in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — 9 Abgeordnete waren in den „Attenotwahlen“ 1878 gewählt worden — eine Spaltung. Kayser stimmte für höhere Eisenzölle. Die Red.

Arbeiter nicht im entferntesten berührende Frage erklärte, wo also jeder stimmen konnte, wie er wollte, während jetzt mehr als Einer ins entgegengesetzte Extrem verfällt und aus Gegensatz gegen die schutzzöllnerisch gewordenen Bourgeoisie die ökonomischen Verdrehungen von Cobden und Bright neu auflagt und als reinsten Sozialismus predigt — das reinste Manchesterium!¹⁵

Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ehrlich gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der „ehrlische“ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen. Welches sind nun diese kitzligen, aber sehr wesentlichen Punkte?

Erstens. Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, daß unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten, wie Miquel.

Nun scheint es gesetzlich nicht anzugehen, daß man die Forderung der Republik direkt ins Programm setzt, obwohl das sogar unter Louis Philippe in Frankreich ebenso zulässig war wie jetzt in Italien. Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könnte man dort auf gemüthlich-friedlichem Wege die Republik einrichten, und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft.

Indes kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung. Und das würde einstweilen genügen, wenn man nicht weiter gehen kann.

Zweitens. Die Rekonstruktion Deutschlands. Einerseits muß die Kleinstaaterei beseitigt werden — man revolutioniere doch die Gesellschaft, solange es bayerisch-württembergisches Reservatrecht gibt und die Karte von Thüringen zum Beispiel das gegenwärtige Jammerbild bildet. Andererseits muß Preußen aufhören zu existieren, muß in selbstverwaltende Provinzen aufgelöst werden, damit das spezifische Preußentum aufhört, auf Deutschland zu lasten. Kleinstaaterei, spezifisches Preußentum sind die beiden Seiten des Gegensatzes, worin Deutschland jetzt gefangen liegt und wo immer die eine Seite der anderen als Entschuldigung und Existenzgrund dienen muß.

¹⁵ Unter dem „Manchesterium“ versteht man die englische Freihandelsbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die von Vertretern dieser Richtung begründete Antikornzollige hatte in Manchester ihren Hauptsitz. Zu den bekanntesten Wortführern dieser Richtung gehörten Cobden und Bright. Die Red.

Was soll an die Stelle treten? Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen und unteilbaren Republik gebrauchen. Die Föderativrepublik ist auf dem Riesengebiet der Vereinigten Staaten jetzt noch im ganzen eine Notwendigkeit, obgleich sie im Osten bereits ein Hindernis wird. Sie wäre ein Fortschritt in England, wo vier Nationen auf den beiden Inseln wohnen und trotz eines Parlamentes schon jetzt dreierlei Gesetzssysteme nebeneinander bestehen. Sie ist in der kleinen Schweiz schon längst ein Hindernis geworden, erträglich nur, weil die Schweiz sich damit begnügt, ein rein passives Glied des europäischen Staatensystems zu sein. Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt. Zwei Punkte unterscheiden den Bundesstaat vom Einheitsstaat, daß jeder verbündete Einzelstaat, jeder Kanton seine eigene Zivil- und Kriminalgesetzgebung und Gerichtsverfassung hat, und dann, daß neben dem Volkshaus ein Staatenhaus besteht, worin jeder Kanton, groß oder klein, als solcher stimmt. Das erste haben wir glücklich überwunden und werden nicht so kindisch sein, es wieder einzuführen, und das zweite haben wir im Bundesrat und können es sehr gut entbehren, wie denn überhaupt unser „Bundesstaat“ schon den Übergang zum Einheitsstaat bildet. Und wir haben nicht die 1866 und 1870 gemachte Revolution von oben wieder rückgängig zu machen, sondern ihr die nötige Ergänzung und Verbesserung zu geben durch eine Bewegung von unten.

Also einheitliche Republik. Aber nicht im Sinne der heutigen französischen, die weiter nichts ist, als das 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß jedes französische Departement, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bürokratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik, und noch heute Australien, Kanada und die anderen englischen Kolonien. Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als zum Beispiel der Schweizer Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Kantonalregierungen ernennen Bezirksstatthalter und Präfekten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß, und die wir uns ebenso höchlich in Zukunft verbieten haben wollen, wie die preußischen Landräte und Regierungsräte.

Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen. Ich erwähne sie auch hauptsächlich, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen, wo so etwas zu sagen nicht angeht, und damit gleichzeitig die Selbsttäuschung, die diese Zustände auf gesetzlichem Wege in die kommunistische Gesellschaft einführen will. Und ferner, um dem Parteivorstand in Erinnerung zu bringen, daß es noch andere politische Fragen von Wichtigkeit gibt, als die direkte Gesetzgebung durch das Volk und die unentgeltliche Rechtspflege, ohne die wir am Ende auch vorankommen. Bei der allgemeinen Unsicherheit können diese Fragen von heute auf morgen brennend werden, und was dann, wenn wir sie nicht diskutiert, uns nicht darüber verständigt haben?

Was aber ins Programm kommen kann und was wenigstens indirekt als Andeutung des nicht Sagbaren dienen kann, ist die Forderung:

„Vollständige Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte. Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.“

Ob es sonst noch möglich ist, in bezug auf die sieben diskutierten Punkte Programmforderungen zu formulieren, kann ich hier nicht so gut beurteilen als Ihr dort. Aber wünschenswert wäre es, daß diese Fragen innerhalb der Partei debattiert würden, ehe es zu spät ist.

1. Der Unterschied zwischen „Wahlrecht und Stimmrecht, respektive Wahlen und Abstimmungen“ ist mir nicht ersichtlich. Soll einer gemacht werden, wäre dies jedenfalls deutlicher auszudrücken oder in einem den Entwurf begleitenden Kommentar zu erklären.

2. „Vorschlags- und Verwerfungsrecht des Volkes“ für was? Für alle Gesetze oder Beschlüsse der Volksvertretung wäre hinzuzusetzen.

5. Vollständige Trennung von Kirche und Staat. Alle religiösen Gemeinschaften ohne Ausnahme werden vom Staate als Privatgenossenschaften behandelt. Sie verlieren jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf die öffentlichen Schulen. (Man kann ihnen doch nicht verbieten, eigene Schulen aus eigenen Mitteln zu gründen und dort ihren Blödsinn zu lehren!)

6. „Weltlichkeit der Schule“ fällt dann weg, es gehört in den vorigen Paragraphen.

8. und 9. Hier möchte ich zu bedenken geben: Diese Punkte fordern Verstaatlichung 1. der Advokaten, 2. der Ärzte, 3. der Apotheken, Zahnärzte, Hebammen, Krankenpfleger usw. Ferner wird später die totale Verstaatlichung der Arbeiterversicherung gefordert. Ob das alles dem Herrn v. Caprivi anvertraut werden darf und ob das im Einklang steht mit der vorgegangenen Lossagung von allem Staatssozialismus?

10. Hier würde ich sagen: „Progressive... Steuern für Bestreitung aller Ausgaben im Staate, Bezirk und Gemeinde, soweit Steuern dazu erforderlich. Abschaffung aller indirekten Staats- und Lokalsteuern, Zölle usw.“ Der Rest ist überflüssig und abschwächender Kommentar respektive Motivierung.

III. ÖKONOMISCHE FORDERUNGEN

ad 2. Nirgends mehr als in Deutschland bedarf das Koalitionsrecht auch einer Sicherstellung gegenüber dem Staate. Der Schlußsatz „zur Regelung“ wäre als Artikel 4 zuzusetzen und in entsprechende Form zu bringen. Zu diesem wäre zu bemerken, daß wir mit Arbeitskammern von halb Arbeitern

und halb Unternehmern geleimt wären. Auf Jahre hinaus werden da die Majoritäten stets auf seiten der Unternehmer sein, wozu ein schwarzes Schaf unter den Arbeitern genügt. Wird nicht ausgemacht, daß in Streitfällen beide Hälften separat Meinung abgeben, wäre es viel besser, eine Unternehmerkammer und daneben eine unabhängige Arbeiterkammer zu haben.

Ich möchte bitten, vor Torschluß nochmals das französische Programm zu vergleichen, wo gerade für Nr. III manches besser scheint. Das spanische kann ich bei der Kürze der Zeit leider nicht herausuchen, es ist auch in vieler Beziehung sehr gut.

Erstmalig veröffentlicht in der „Neuen Zeit“, Jahrgang XX (1901-02), Bd. I, Nr. 1.